



17. Sitzung

Freitag, den 18.11.2016

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	889	Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	905, 907
Fragestunde		Dr. Thomas Gries, Staatssekretär:	905, 906
– Drucksache 17/1562 –	889	907, 908
Abg. Anke Beilstein, CDU:	889, 891	Abg. Nico Steinbach, SPD:	906
.	893		
Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:	889, 891	<i>Die nicht behandelten Mündlichen Anfragen</i>	
.	892, 893	<i>Nummern 11 bis 20 werden gemäß § 98</i>	
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	890, 897	<i>Abs. 4 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.</i>	908
Abg. Bernhard Henter, CDU:	891, 892	Wirtschafts- und Standortfaktor Tourismus in Rheinland-Pfalz	
.	893	Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:	892, 893	– Drucksache 17/1557 –	
Abg. Hedi Thelen, CDU:	892, 898	dazu:	
.	900	Tourismus als wichtigen Wirtschafts- und Standortfaktor in Rheinland-Pfalz weiter stärken	
Clemens Hoch, Staatssekretär:	894, 895	Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU	
Abg. Heike Scharfenberger, SPD:	894	– Drucksache 17/1607 –	908
Abg. Helga Lerch, FDP:	895	Abg. Fredi Winter, SPD:	908
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:	896, 897	Abg. Ellen Demuth, CDU:	909, 917
.	898, 899	Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:	910, 911
.	900, 901	912
Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:	896, 900	Abg. Steven Wink, FDP:	912, 913
Abg. Sven Teuber, SPD:	898	Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	913
Abg. Dr. Tanja Machalet, SPD:	898	Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	914
Abg. Uwe Junge, AfD:	899, 900	Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	916
.	901	Abg. Martin Brandl, CDU:	916
Abg. Michael Frisch, AfD:	899	Abg. Thomas Roth, FDP:	917
Abg. Adolf Kessel, CDU:	900	<i>Überweisung des Antrags – Drucksache 17/1557 – an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.</i>	917
Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	901, 902		
.	903, 904	<i>Überweisung des Alternativantrags – Drucksache 17/1607 – als Material an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.</i>	917
Abg. Marco Weber, FDP:	901, 902		
Abg. Arnold Schmitt, CDU:	902, 903		
Abg. Christine Schneider, CDU:	902, 904		
Abg. Michael Wäschenbach, CDU:	903, 906		
.	907		
Abg. Johannes Zehfuß, CDU:	903		
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	904, 908		
Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:	904		
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:	904		

Sicherstellung der Erdgasversorgung von Verbrauchern und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/1555 –

dazu:

Zur Sicherstellung unserer Energieversorgung brauchen wir eine Gesamtstrategie, die auf einen breiten Energiemix setzt

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/1608 –

Abg. Matthias Joa, AfD:	918, 920
Abg. Nico Steinbach, SPD:	919, 920
Abg. Michael Wäschenbach, CDU:	920, 922
.	924
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	922
Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:	923
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:	924

918

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags auf Ausschussüberweisung der Anträge – Drucksachen 17/1555 und 17/1608 –

925

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/1555 –

925

Mehrheitliche Ablehnung des Alternativantrags – Drucksache 17/1608 –

925

Kostenfreie Bareinzahlungen auf die Konten der Landeskassen

Antrag der Fraktion der AfD

– Drucksache 17/1556 –

925

Abg. Iris Nieland, AfD:	925, 929
Abg. Thomas Roth, FDP:	926
Abg. Matthias Joa, AfD:	927, 928
Abg. Gerd Schreiner, CDU:	927, 928
Abg. Doris Ahnen, SPD:	928

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/1556 –

929

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, kowom Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär, Dr. Thomas Griese, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Guido Ernst, CDU, Abg. Horst Gies, CDU, Abg. Julia Klöckner, CDU, Abg. Marion Schneid, CDU, Abg. Thorsten Wehner, SPD, Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP; Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Herbert Mertin, Minister der Justiz; David Langner, Staatssekretär, Daniela Schmitt, Staatssekretärin.

**17. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 18.11.2016**

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr.

Präsident Hendrik Hering:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zur 17. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz. Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegen Andreas Rahm und Dirk Herber. Herr Herber führt die Redeliste.

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Guido Ernst, Horst Gies, Julia Klöckner, Marion Schneid, Thorsten Wehner und die Kollegin Cornelia Willius-Senzer. Seitens der Regierung fehlen entschuldigt Frau Staatsministerin Ulrike Höfken, Herr Staatsminister Herbert Mertin sowie die Staatssekretäre David Langner und Daniela Schmitt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

Fragestunde
– Drucksache [17/1562](#) –

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Anke Beilstein und Gerd Schreiner (CDU), Weiterleitung der Bundesmittel an die rheinland-pfälzischen Kommunen** – Nummer 6 der Drucksache 17/1562 – betreffend, auf.

Frau Beilstein trägt die Fragen vor.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Wir fragen die Landesregierung:

1. 5 Milliarden Euro des Bundes sind eindeutig deklariert als Entlastung der Kommunen. Wieso leitet das Land die Mehreinnahmen nicht vollständig an die Kommunen weiter?
2. Warum wurde der Verbundsatz (21 Prozent) als Parameter zur Weiterleitung eines Teils der Mittel gewählt?
3. Was unternimmt das Land, damit die Kommunen nicht durch immer weiter steigende Soziallasten in eine weitere und extreme Verschuldung geraten?
4. Wie erklärt sich das Land, dass gerade die Liquiditätskredite (sogenannte „Kassenkredite“) bei den Kommunen im Land deutlich höher ausfallen als in fast allen anderen Bundesländern?

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatsministerin Ahnen.

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen sieht in den Jahren 2016 bis 2019 eine finanzielle Entlastung der Länder und der Kommunen vor. Danach sollen Ländern und Kommunen ab dem Jahr 2018 5 Milliarden Euro zufließen. Davon werden 1 Milliarde Euro über den Umsatzsteueranteil der Länder und 4 Milliarden Euro unmittelbar an die Kommunen gegeben.

Die Mittel der Kommunen werden im Verhältnis 3 : 2 über den Umsatzsteueranteil der Gemeinden und über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) bereitgestellt. Im Jahr 2018 wird die Beteiligung des Bundes an den KdU durch einen entsprechend höheren Umsatzsteueranteil der Gemeinden kompensiert, um die Obergrenze der Bundesbeteiligung an den KdU von 49 % nicht zu überschreiten und damit eine Bundesauftragsverwaltung zu vermeiden.

Die Länder erhalten vom Bund zudem eine Integrationspauschale für die Jahre 2016 bis 2018 in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich. Diese wird über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer bereitgestellt. Der rheinland-pfälzische Anteil hieran beträgt 96 Millionen Euro. Wie bereits besprochen, sollen die rheinland-pfälzischen Kommunen an dieser Pauschale mit einer Vorauszahlung im Jahr 2016 in Höhe von 96 Millionen Euro beteiligt werden.

Zu Frage 1: In der Einigung der Länder mit dem Bund wurde vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Lastentragung bei den Sozialausgaben, insbesondere der Eingliederungshilfe, in den einzelnen Ländern Folgendes vereinbart:

Kommunen und Länder werden mit folgenden zusätzlichen Mitteln ausgestattet: 4 Milliarden Euro im Verhältnis 3 : 2 (Umsatzsteuer Kommunen zu KdU), 1 Milliarde Euro über den Umsatzsteueranteil der Länder.

Um den Verteilungsschlüssel ist auf Bundesebene lange gerungen worden. Letztlich konnte ein für das Land und die Kommunen günstiger Schlüssel erreicht werden. Die Beteiligung der Länder trägt der bundesweit unterschiedlichen Finanzierungsverantwortung im Bereich der Sozialausgaben Rechnung. Bei der geltenden hälftigen Lastentragung des Landes im Bereich der Eingliederungshilfe in Rheinland-Pfalz ist der vorgesehene Anteil des Landes nicht übertrieben.

Zu Frage 2: Die an die Länder gezahlte 1 Milliarde Euro an dem 5-Milliarden-Euro-Paket wird über die Umsatzsteueranteile der Länder verteilt. Die Umsatzsteuer gehört zu den Verbundsteuern im obligatorischen Steuerverbund. Der Verbundsatz für obligatorische Verbundsteuern beträgt zurzeit 21 %.

Die Landesregierung hält es für angemessen, die dem Land zufließenden Mehreinnahmen von rund 48 Millionen Euro in den Verbundsteuern zu belassen und so anteilig in den kommunalen Finanzausgleich zu geben. Damit wirkt der Verbundsatz von 21 %.

Um die Kommunen schon ab dem Jahr 2018 in voller Höhe an diesen Mehreinnahmen partizipieren zu lassen, wird die Verstetigungssumme im Jahr 2018 um 10,1 Millionen Euro angehoben.

Zu Frage 3: Das Land sorgt seit geraumer Zeit mit einer Reihe von Maßnahmen für eine Verbesserung der Kommunalfinanzen, speziell für eine stärkere Unterstützung der Kommunen mit hoher Sozialausgabenbelastung und zudem für eine Unterstützung der stärker verschuldeten Kommunen. Wollte ich alle Maßnahmen vortragen, würde die Liste sehr lang. Ich beschränke mich daher auf einige Beispiele.

Inzwischen belaufen sich die Zahlungen des Landes an die Kommunen auf 5,1 Milliarden Euro und werden bis 2018 auf 5,6 Milliarden Euro anwachsen und damit ein Drittel der Gesamtausgaben des Landeshaushalts ausmachen. Dass die Maßnahmen in der Gesamtheit ihre Wirkung nicht verfehlen, kann an dem positiven Finanzierungssaldo der Kommunalhaushalte 2015 abgelesen werden.

Entsprechend bildet sich die Verbesserung der kommunalen Finanzen auch im Entwurf für den neuen Doppelhaushalt 2017/2018 ab und ist wiederum ein Schwerpunktthema der Landespolitik. Nachdem die Finanzausgleichsmasse in den vergangenen drei Jahren bereits einen Anstieg um knapp 600 Millionen Euro erfahren hat, soll sie im nächsten Doppelhaushalt um weitere 332 Millionen Euro auf dann gut 2,9 Milliarden Euro ansteigen. Damit erreichen wir einen Anstieg seit 2013 um mehr als 900 Millionen Euro, was einem Aufwuchs von fast 50 % entspricht.

In Verhandlungen mit dem Bund konnte schon vor Jahren erreicht werden, dass Rheinland-Pfalz bei den KdU eine Sonderquote erhält, die um zehn Prozentpunkte über dem Bundesanteil der anderen Länder liegt. Auch die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter geht stark auf Betreiben der Landesregierung zurück.

Zudem hat das Land in der KFA-Reform von 2014 die neuen Schlüsselzuweisungen C1 und C2 zum Ausgleich von Sozialausgabenbelastungen eingeführt.

Die stärker verschuldeten Kommunen werden mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz extra unterstützt. Seit 2012 wurden 775 Millionen Euro Landeszuweisungen inklusive KFA-Mittel ausgezahlt.

Mit dem Kommunalinvestitionsprogramm KI 3.0 stellen Bund und Land den finanzschwachen Kommunen zudem mit sehr hohen Förderquoten 285 Millionen Euro zur Verfügung. Das Land hilft den Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingskosten und unterstützt sie bei der Integration.

Zu Frage 4: Die Kommunalverschuldung in Rheinland-Pfalz hat nach Auffassung der Landesregierung verschiedene Ursachen und ist differenziert zu betrachten. Mit der Einigung zu den künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen konnte eine deutliche finanzielle Verbesserung für Rheinland-Pfalz erreicht werden. Die Einbeziehung der kommunalen Steuereinnahmen wird im neuen Finanzausgleich von 63 % auf 75 % steigen.

Im Umkehrschluss heißt dies aber auch, dass die finanzschwächeren alten Länder in den letzten Jahrzehnten mit der niedrigsten Finanzausstattung aller Ländergruppen auskommen mussten. Die im Ländervergleich höhere Verschuldung der Kommunen und des Landes lassen sich auch darauf zurückführen.

Im Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Kommunen muss auch auf die relativ späte Einsicht des Bundes hingewiesen werden, die von ihm seit Jahren veranlassten Sozialausgaben und Ausgabesteigerungen mit zu tragen. Auf der Seite der Kommunen ist die Gestaltung der Realsteuerhebesätze als weiterer Grund zu nennen. Bei allem muss die unterschiedliche Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften bedacht werden. Eine nicht unbedeutende Zahl von rheinland-pfälzischen Kommunen kann auch Überschüsse erwirtschaften. Die Kommunalverschuldung in Rheinland-Pfalz konzentriert sich auf die Kommunen mit hohen Sozialausgaben. Ziel der Landesregierung ist es, die Disparitäten bei der Verschuldung und die Unterschiede zwischen armen und reichen Gemeinden, Städten und Verbandsgemeinden zu verringern.

Eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen setzt aber auch voraus, dass die diversen Unterstützungsleistungen des Landes durch Eigenleistungen der Kommunen flankiert werden.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Hendrik Hering:

Vielen Dank. Wir dürfen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Ich begrüße Vorsitzende der CDU-Ortsverbände und des Kreisverbandes aus dem Wahlkreis 42 – Neustadt an der Weinstraße. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren dürfen wir Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe des Gymnasiums Mainz-Oberstadt bei uns begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Schließlich begrüße ich Besucher aus der Gemeinde Hochstetten-Dhaun an der Nahe. Seien auch Sie herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für eine Zusatzfrage hat nun Herr Abgeordneter Köbler das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, vielen Dank für die ausführliche Antwort. Nun verweigert sich nach wie vor der Bund an der anteiligen Kostenübernahme der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch, und deswegen wurde auch dieser Umweg der Umsatzsteuerpunkteverteilung gewählt. Wie kann in Rheinland-Pfalz sichergestellt werden, dass die Gelder tatsächlich bei den Trägern der Eingliederungs-

hilfe und damit letztlich bei den betroffenen Menschen mit Behinderung auch ankommen?

(Zurufe der Abg. Anke Beilstein und Dr. Susanne Ganster, CDU)

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Herr Abgeordneter Köbler, ich habe soeben den Weg aufgezeigt, wie das Geld vom Bund an die Länder bzw. die Kommunen kommt, und natürlich gehe ich davon aus, dass das Geld in den Kommunen insbesondere dort eingesetzt wird, wo es besonders dringend gebraucht wird, und das ist insbesondere im Bereich der Sozialausgaben, aber natürlich auch im Bereich der Eingliederungshilfe der Fall.

Wir werden dazu nicht im Einzelnen Vorschriften machen können, aber ich gehe davon aus, dass aufseiten der Kommunen tatsächlich der Zusammenhang gesehen wird und entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Beilstein.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Frau Ministerin, bei dem 5-Milliarden-Euro-Paket handelte es sich um ein Paket, das vollständig bei den Kommunen ankommen sollte.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Die Wahl über den Weg der Umsatzsteuer ist, wie Sie selbst ausgeführt haben, nur deshalb erfolgt, um nicht in die Bundesauftragsverwaltung bei den KdU zu kommen.

Sie wissen, aus Sicht des Bundes sind die Kommunen Bestandteil der Länder, das heißt, deren Ausgaben werden den Ländern zugeordnet. Ich frage Sie vor diesem Hintergrund noch einmal: Ist Ihnen dieses Grundverständnis bekannt, und sehen Sie daher den Weg über die Umsatzsteuer nicht so, dass der Betrag doch vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden sollte?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Beilstein, Sie dürfen davon ausgehen, dass mir die Historie dieser Frage bestens bekannt ist,

(Abg. Anke Beilstein, CDU: Oh, dann müsste aber Ihre Antwort anders aussehen!)

weil ich an verschiedenen Stellen das Vergnügen hatte, an diesen Verhandlungen beteiligt zu sein, übrigens auch bei der Ausarbeitung des Koalitionsvertrags auf Bundesebene. Insofern, ja, ich glaube, ich habe alle Stationen dieses Themas miterlebt.

Wir alle wissen, dass diese Entlastung von 5 Milliarden Euro zunächst in einem sehr engen Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe und dem Teilhabegesetz gestan-

den hat und sich dies aus den unterschiedlichen Gründen heraus im Laufe der Zeit anders entwickelt hat.

Ihre zweite These stimmt auch nicht. Sie haben gesagt, man habe den Umsatzsteueranteil der Länder gewählt, um die Auftragsverwaltung bei den KdU zu umgehen. Man hätte die Auftragsverwaltung bei den KdU auch umgehen können, indem man den Umsatzsteueranteil der Gemeinden weiter erhöht hätte.

(Zuruf der Abg. Anke Beilstein, CDU)

Auch diese These ist also nicht richtig, sondern es hat eine Rolle gespielt, dass die Situation in den Ländern, was die Sozialausgaben und die Beteiligung der Länder angeht, sehr, sehr unterschiedlich ist. Deswegen hat man sich letztlich dafür entschieden, 4 Milliarden Euro unmittelbar an die Kommunen über die genannten Mechanismen weiterzuleiten und 1 Milliarde Euro Umsatzsteueranteil für die Länder vorzusehen. Insofern glaube ich, ist auf Bundesebene ein angemessener Weg gewählt worden. Ich finde, wir setzen diesen Weg in Rheinland-Pfalz auch angemessen um.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Henter.

Abg. Bernhard Henter, CDU:

Frau Ministerin, die hohen Liquiditätskredite der Kommunen beruhen zum großen Teil auf Ausgaben bei der Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Eingliederungshilfe. Diese beruhen wiederum zum großen Teil auf Bundesgesetzen, die in ganz Deutschland gleich für alle Kommunen und Länder gelten. Wie erklären Sie sich denn, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders hohe Liquiditätskredite haben?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Ich glaube das war die Frage 4. „Wie erklärt sich das Land, dass gerade die Liquiditätskredite (...) bei den Kommunen im Land deutlich höher ausfallen als in fast allen anderen Bundesländern?“ – Frage 4 habe ich eben sehr ausführlich beantwortet.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Beilstein.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Frau Ministerin, Sie haben eben bei der Antwort auf die Frage 4 auf eine späte Einsicht des Bundes, Soziallasten mitzutragen, hingewiesen. Daher möchte ich speziell am Punkt Landesanteil an den Personalkosten für Kitas ansetzen. Hier sind 350 Millionen Euro, die den KFA befrachten. Wo sehen Sie hier die Möglichkeiten des Landes, eine Entlastung der Kommunen vorzunehmen? Ist da die Einsicht des Landes vorhanden, sich stärker zu beteiligen?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Die Einsicht des Landes war an dieser Stelle sehr frühzeitig vorhanden. Wie Sie wissen, war ich an diesen Fragen sehr intensiv beteiligt, als wir damals beim Ausbau von U3 insbesondere neue Finanzierungsregelungen mit den Trägern und den Kommunen getroffen haben. Ich glaube, wenn Sie sich hier den Ländervergleich anschauen, werden Sie zum Ergebnis kommen, dass Rheinland-Pfalz, was den Ausbau der Kindertagesstätten betrifft, gute Finanzierungsbeteiligungen auch gegenüber den Kommunen im Ländervergleich gewählt hat.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Thelen.

Abg. Hedi Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben eben in der Antwort auf die Frage 4 darauf hingewiesen, dass auch der Bund mit seinem Finanzgebaren gegenüber den Ländern und den Kommunen ein Stück Mitschuld trage. Daraus erklärt sich aber nicht – da komme ich auf die Frage von Herrn Henter zurück –, dass ausgerechnet in Rheinland-Pfalz die Situation der kommunalen Finanzen dramatisch schlechter ist, was sich beispielsweise an den Liquiditätskrediten festmachen lässt. Deshalb stelle ich die Frage: Warum scheint denn in Rheinland-Pfalz die Situation der kommunalen Finanzen dramatisch schlechter zu sein als in anderen Bundesländern, für die die gleichen Bundesregeln gelten?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Ich habe in meiner Antwort zur Frage 4 nicht nur auf diesen Punkt abgestellt, sondern ich habe in der Antwort zur Frage 4 eine Reihe von Punkten angeführt und darauf hingewiesen, dass man die in der Situation betrachten muss.

Ich habe erstens darauf hingewiesen, dass Rheinland-Pfalz zu den finanzschwächeren Flächenländern West gehört und das bisher im Bund-Länder-Finanzausgleich ein Problem war, weil die Situation dieser Länder und damit auch ihrer Kommunen nicht adäquat abgebildet worden ist. Es ist einer der großen Erfolge der neuen Gespräche über die Bund-Länder-Finanzen, dass es uns gelingt, diese Ländergruppe stärker in den Blick zu nehmen, und es uns gleichzeitig auch noch gelingt, dass die kommunalen Steuereinnahmen künftig im Bund-Länder-Finanzausgleich stärker berücksichtigt werden. Das war mein erster Punkt.

Der zweite Punkt war in der Tat die Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben.

Im dritten Punkt habe ich darauf hingewiesen – ich will das gar nicht bewerten –, dass auch der Rechnungshof darauf hingewiesen hat, dass wir dann, wenn man sich die Realsteuerhebesätze in Rheinland-Pfalz anschaut, im bundesweiten Vergleich auch weit unterdurchschnittlich sind.

Ich habe des Weiteren darauf hingewiesen, dass sich die

Frage der unterschiedlichen Verschuldung der Kommunen – es gibt eben auch Kommunen, die Überschüsse erzielen – vor allen Dingen im Zusammenhang mit den Sozialausgaben erklärt. Deswegen bin ich auch der festen Überzeugung, dass wir dann, wenn wir den kommunalen Finanzausgleich evaluieren – das haben wir den Kommunen zugesagt –, insbesondere auf diesen Punkt achten müssen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Henter.

Abg. Bernhard Henter, CDU:

Frau Ministerin, Sie haben bei der Beantwortung der Frage 4, soweit ich es vernommen habe, auch ausgeführt, dass die Kommunen, die hohe Sozialkosten haben, die auf Arbeitslosigkeit beruhen, besonders schlecht bei den Kassenkrediten dastünden. Aus welchen Gründen ist es der Landesregierung denn bisher nicht gelungen, diese Sozialkosten und die Arbeitslosigkeit in diesen Kommunen zu senken?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Ich habe in diesem Zusammenhang nicht von der Arbeitslosigkeit gesprochen, sondern ich habe von den Sozialausgaben gesprochen. Da gibt es ganz unterschiedliche Punkte, die diese Sozialausgaben veranlassen und verursachen. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass wir in der Vergangenheit eine Reihe von Veränderungen vorgenommen haben, zum Beispiel auch bei der letzten Umgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs mit den Schlüsselzuweisungen C1 und C2.

Ich habe bei der Vorfrage darauf hingewiesen, dass wir nach meiner festen Überzeugung bei der Evaluation des kommunalen Finanzausgleichs, der in Summe seine Wirkung entfaltet hat – wir haben im vergangenen Jahr ein positives Finanzierungssaldo über alle Kommunen gesehen, und das seit Jahrzehnten das erste Mal wieder –, noch stärker differenziert auf die Kommunen schauen müssen. Dann wird man feststellen, dass auch die Situation unterschiedlich ist. Dann werden wir auf diese unterschiedlichen Situationen eine Antwort finden müssen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Noss.

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:

Frau Ministerin, können Sie uns erläutern, wie die 5 Milliarden Euro bzw. die Integrationspauschale in anderen Ländern verteilt wurde? Ist dort alles verteilt worden, oder ist das verschieden?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Ich glaube, das ist sehr verschieden. Zumindest habe ich das so von Vertretern der kommunalen Spitzenverbände

in Fernsehinterviews entnehmen dürfen. Es gibt wohl Länder, die die Integrationspauschale komplett weiterleiten. Es gibt Länder, die von der Integrationspauschale überhaupt nichts an die Kommunen weiterleiten. Die Mehrheit der Länder sieht eine gemischte Regelung vor, so wie das auch in Rheinland-Pfalz der Fall ist.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Beilstein.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Frau Ministerin, es gibt bei der Weiterleitung der 5 Milliarden Euro drei Wege, die Sie eben aufgeführt haben. Ist es nicht so, dass dann, wenn das komplett über die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer gelaufen wäre, der Anteil für Rheinland-Pfalz deutlich niedriger ausgefallen wäre, weil ganz einfach der Umsatzsteueranteil der Länder einen höheren prozentualen Anteil an diesen 5 Milliarden Euro ausmacht? War es also nur eine Geschichte, um die prozentuale Verbesserung für Rheinland-Pfalz herauszuholen, und nicht, um damit deutlich zu machen, dass das an die Länder gehen soll?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Liebe Frau Beilstein, warum hätten die anderen Länder das in dieser Logik mitmachen sollen? Wenn das für Rheinland-Pfalz ein günstigerer Schlüssel ist, ist das für andere Länder ein schlechterer Schlüssel.

Sie haben aber völlig recht, die Ministerpräsidentin hat auch an dieser Stelle sehr, sehr lange in mehreren Sitzungen darum gerungen – teilweise konnte ich dabei sein –, dass in der Summe für Rheinland-Pfalz ein guter Schlüssel herauskommt. Es ist ein großer Erfolg, dass wir es geschafft haben, dass es nicht allein über die KdU, sondern dass es über die KdU, den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und den Länderanteil an der Umsatzsteuer geht, weil dadurch die Gesamtzuweisungen an das Land Rheinland-Pfalz deutlich höher sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Henter.

Abg. Bernhard Henter, CDU:

Frau Ministerin, wenn die Verschuldung der Kommunen aufgrund der gestiegenen Sozialkosten weiter zunimmt, was hat die Landesregierung für ein Konzept, wenn erste Kommunen ihr Eigenkapital verbraucht haben? Welche Lösungsansätze sieht die Landesregierung da vor?

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Wie ich bereits eben ausgeführt habe, hat die Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Summe eine ausgespro-

chen positive Wirkung entfaltet. Es ist doch bemerkenswert, dass wir im vergangenen Jahr erstmals seit Jahren – ich glaube, man darf sagen, seit Jahrzehnten – einen positiven Finanzierungssaldo bei den Kommunen hatten.

Ich habe des Weiteren darauf hingewiesen, dass sich unterhalb dessen allerdings sehr große Differenzen ergeben und man vereinfacht sagen kann, dass insbesondere die Kommunen, die zu einem höheren Anteil mit Sozialausgaben belastet sind, größere Schwierigkeiten haben.

Deswegen habe ich auch gesagt, dass, wie damals versprochen, jetzt der KFA evaluiert wird und wir bei der Evaluation des KFA ein besonderes Augenmerk auf die Kommunen legen werden, die in besonderer Art und Weise die Sozialausgaben tragen. Das sind insbesondere natürlich, wenn Sie sich die Situation anschauen, die kreisfreien Städte und ein Teil der Landkreise.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Noss.

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:

Frau Ministerin, die Kommunen in Rheinland-Pfalz haben etwa 20 % geringere kommunale Steuereinnahmen als die Kommunen im Bundesdurchschnitt. Ist das in erster Linie damit zu begründen, dass die Realsteuerhebesätze bei uns in einem eklatanten Missverhältnis zu denen in den übrigen Bundesländern stehen? Dies trotz des Hinweises im Urteil des Verfassungsgerichtshofs, dass auch die Kommunen die größtmöglichen Anstrengungen für eine Gesundung der kommunalen Finanzen zu leisten haben.

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen:

Ich habe auf das Thema Realsteuerhebesätze bereits hingewiesen, ohne es schon in dieser Art und Weise zu bewerten. Ich habe sehr neutral festgestellt, dass man sich den Bericht des Rechnungshofs anschauen kann und der Rechnungshof auf diesen Punkt seit vielen Jahren hinweist. Es ist so, dass der Schnitt – da muss man auch wieder sagen, der Schnitt – der Realsteuerhebesätze in Rheinland-Pfalz deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt.

Präsident Hendrik Hering:

Es liegen mir keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Mündliche Frage beantwortet. Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Heike Scharfenberger und Martin Haller (SPD), 70-jähriges Jubiläum und Bundesratsvorsitz** – Nummer 7 der Drucksache 17/1562 – betreffend. auf.

Wer trägt vor? – Frau Kollegin Scharfenberger, bitte.

Abg. Heike Scharfenberger, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stellen folgende Fragen:

1. Welche politischen Schwerpunkte werden für die Zeit des Vorsitzes im Bundesrat seitens der Landesregierung gesetzt?
2. Mit welchen Initiativen und Veranstaltungen würdigt die Landesregierung das 70-jährige Verfassungsjubiläum?
3. Wie präsentiert sich das Land Rheinland-Pfalz, das über die Mainzer Republik und das Hambacher Fest in besonderer Weise mit der deutschen Demokratiegeschichte verbunden ist, im Jahr der rheinland-pfälzischen Bundesratspräsidentschaft und am Fest zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz 2017?

Danke schön.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Hoch.

Clemens Hoch, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Heike Scharfenberger und Martin Haller wie folgt:

Zu Frage 1: Rheinland-Pfalz übernimmt die Bundesratspräsidentschaft in einer bewegten und politisch wie gesellschaftlich herausfordernden Zeit. Viele Menschen in unserem Land, aber auch in Europa werden von Fragen und Sorgen um die Zukunft und den Zusammenhalt der Gesellschaft umgetrieben. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung das Jahr der Bundesratspräsidentschaft und den Tag der Deutschen Einheit 2017 unter das Motto „Zusammen sind wir Deutschland“ gestellt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Gutes Motto!)

Es ist ein vielschichtiges Motto,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Und vielschichtiges Motto!)

an das sich die politischen Schwerpunkte der Bundesratspräsidentschaft bei den anstehenden Veranstaltungen und Reisen mit all ihren Facetten anknüpfen lassen.

Das Motto steht für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, unabhängig von Alter, Herkunft, Religion, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, sexueller Orientierung, politischen Ansichten oder dem Einkommen. Es steht für den Zusammenhalt, und das trotz und bei großer Vielfalt der Erfahrungen, der Meinungen und der Vorstellungen der Menschen. Es soll die Bürgerinnen und Bürger bestärken, ihre Fragen und Sorgen, ihre Wünsche und durchaus auch ihren Missmut zu artikulieren. Es soll die Menschen ermutigen, die

Gesellschaft demokratisch mitzugestalten und sich konstruktiv einzubringen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Es soll die Stärken und Grundwerte unserer Demokratie, die auf den Trümmern zweier durch den Nationalismus und den Nationalsozialismus verursachten Weltkriege errichtet wurde, erneut ins Bewusstsein rufen und für eine Stärkung der demokratischen Kräfte in Deutschland und in Europa werben.

Insbesondere die jungen Menschen wollen wir zum Engagement in Politik und Gesellschaft und zur Mitwirkung an der aktiven Gestaltung von Zukunft ermutigen. Es geht auch darum, dass ihre Anliegen und ihre Kritik Gehör finden und ernst genommen werden.

Im Jahr der Bundesratspräsidentschaft wollen wir auch dafür werben, dass der Blick auf Europa wieder konstruktiv, auf die Zukunft orientiert und im Sinne eines jungen Denkens, welches Bewährtes und Neues fruchtbar verbindet, ausgerichtet wird.

Zu Frage 2: Die Landesregierung würdigt das Verfassungsjubiläum in vielfältiger Art und Weise. Bereits kommende Woche, am 22. November 2016, wird der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung im Stadttheater Koblenz vor 70 Jahren gedacht. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, hält den Festvortrag.

Der Landtag würdigt die historischen Ereignisse mit dieser Festveranstaltung, bei der Herr Landtagspräsident Hering und Frau Ministerpräsidentin Dreyer sprechen und auch Zeitzeugen zu Wort kommen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Am 18. Mai 2017 findet um 11:00 Uhr hier eine Feierstunde zum 70-jährigen Bestehen der Beratenden Landesversammlung statt. Ministerpräsidentin Dreyer und Landtagspräsident Hering laden gemeinsam dazu ein. Gewonnen werden konnte der Außenminister des Großherzogtums Luxemburg Jean Asselborn als Festredner.

Einige weitere Ausstellungen und Veranstaltungen werden sich mit der Historie unseres Landes beschäftigen. Einen Gesamtüberblick finden Sie in der Broschüre „Zusammen sind wir Deutschland“. Wir haben uns erlaubt, sie zur Vertiefung auf Ihren Plätzen auszulegen.

Den Auftakt macht dabei „Warum ist es in Rheinland-Pfalz so schön? Snapshots aus der Geschichte“. Das ist der Titel einer Veranstaltung am 26. April 2017 in der Landesvertretung in Berlin.

Weitere Veranstaltungen sind die Ausstellung „vorZEITEN“, 70 Jahre Archäologie in Rheinland-Pfalz, der GDKE ab dem 21. Mai 2017 im Landesmuseum, die Lange Nacht der Landesgeschichte am 10. Juni 2017 im Landesmuseum sowie ein Kolloquium zum Thema „70 Jahre Rheinland-Pfalz: historische Betrachtung und politikwissenschaftliche Analyse“ am 21. Juni in der Staatskanzlei.

Wir begehen das Landesjubiläum weitgehend zurückhaltend, weil es uns ein besonderes Anliegen ist, die Bundesratspräsidentschaft und an deren Ende die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2017 ebenfalls in angemessenem Rahmen zu gestalten. Dennoch spannt sich im Jubiläumsjahr ein weiter Veranstaltungsbogen von der Geschichte des Landes zu seiner Gegenwart und Zukunft als Wirtschafts- und Kulturlandschaft.

Zu Frage 3: Das Land Rheinland-Pfalz wird im Jahr seiner Bundesratspräsidentschaft und bei den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2017 ein besonderes Augenmerk auf die deutsche Demokratiegeschichte legen. In Zeiten des wachsenden Populismus, der Verunsicherung vieler Menschen und der Suche nach einfachen Antworten werden wir die Stärken unserer Demokratie betonen. Wie bereits erwähnt, soll das Motto „Zusammen sind wir Deutschland“ Menschen ermutigen, sich auf unsere Demokratie einzulassen und sich einzubringen.

Was unser Land ausmacht, ist die Vielfalt, egal, woher wir kommen, welche Religion wir haben und welche Meinung wir vertreten.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So muss das sein!)

Wir stehen trotz aller Verschiedenheit auf einer gemeinsamen verfassungsmäßigen Basis, die unterschiedliche Meinungen und kritische Fragen aushält und aushalten muss.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist der Anspruch!)

Die Kraft und Stärke unserer Demokratie liegen im Zusammenhalt. Nur zusammen sind wir Deutschland.

Wir haben bewusst die Farben Schwarz-Rot-Gold, seit jeher die Farben der deutschen Demokratie, für unser Logo gewählt. Die schwarz-rot-goldene Fahne wurde erstmals in Rheinland-Pfalz beim Hambacher Fest 1832 als Banner für Freiheit und Gleichheit getragen. Wo 1793 von Georg Forster die Mainzer Republik ausgerufen wurde, sehen wir es als unsere besondere Verpflichtung, auch beim 27. Einheitsfest das Wesen der Demokratie zu bestärken. Sehr verehrte Damen und Herren, die schon in den letzten Wahlperioden diesem Landtag angehörten, nicht ohne Grund tagte der Landtag immer traditionell im Angesicht der Fahne von Hambach.

Demokratie ist auch heute noch die Deutung dieser Farben. Sie stehen für Meinungsfreiheit, Medienfreiheit und vor allem für Gerechtigkeit und Zusammenhalt. Diese Leitgedanken werden sich in allen Veranstaltungen im Bundesratsjahr und in den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz wiederfinden.

Um junge Menschen zu ermutigen, sich in Politik und Gesellschaft einzubringen, bitten wir die Kolleginnen und Kollegen in den Senats- und Staatskanzleien der Länder darum, vor allem junge Menschen, die sich für unser Gemeinwesen engagieren, in die Bürgerdelegationen aufzunehmen.

Bereits zu Beginn dieser Woche haben begeisterte junge

Menschen aus fünf rheinland-pfälzischen Schulen auf Einladung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer am Planspiel „Jugend im Bundesrat“ teilgenommen.

Auf dem Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz wird bei der Präsentation des Landes ein Schwerpunkt auf dem Themenfeld Demokratiegeschichte liegen. Wir werden aber auch Rheinland-Pfalz als innovativen, umweltbewussten, sozialen und zukunftsorientierten Teil Deutschlands präsentieren. Auf der Ländermeile werden wir alle rheinland-pfälzischen Weinanbaugebiete und touristische Highlights vorstellen

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

und natürlich kulinarische Spezialitäten aus Rheinland-Pfalz anbieten.

(Zustimmung bei der SPD –
Abg. Martin Haller, SPD: Jetzt wird es konkret!)

Wichtig ist für uns weiterhin, dass wir ein barrierefreies und nachhaltiges Bürgerfest planen und auch zahlreiche Angebote für Menschen mit Behinderungen in der Mainzer Innenstadt vorhalten.

So weit zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

Präsident Hendrik Hering:

Gibt es Zusatzfragen? – Frau Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Staatssekretär, Sie haben im Hinblick auf den Tag der Deutschen Einheit darauf hingewiesen, dass insbesondere die Jugend eingebunden werden soll, um die deutsche Demokratiegeschichte stärker hervorzuheben. Sie haben darauf hingewiesen, dass junge Menschen in die Bürgerdelegationen kommen und eingeladen werden sollen.

Wir erleben immer wieder, auch am Schulbesuchstag, dass die DDR-Geschichte, Teil unserer deutschen Geschichte, bei den jungen Menschen nicht präsent ist.

(Abg. Ralf Seekatz, CDU: Fragen!)

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche weiteren Aktionen haben Sie am Tag der Deutschen Einheit und vielleicht sogar darüber hinaus geplant, um die deutsche Demokratiegeschichte bei den jungen Menschen stärker zu verankern, eventuell auch in die Schulen zu bringen? Vielen Dank.

Clemens Hoch, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete, wir haben auf den Tag der Deutschen Einheit hin vielfältige Aktivitäten mit der Jugend vor. Was ich eben ausgeführt habe, sind die sogenannten Bürgerdelegationen. Das heißt, die Menschen, die von den einzelnen Bundesländern entsandt werden, stehen thematisch immer unter einem besonderen Motto. Wir haben uns dieses Mal für die Jugend und die Demokratiegeschichte

entschieden.

Die Länder werden sich präsentieren. Rheinland-Pfalz wird einen Schwerpunkt auf dieser Demokratiegeschichte haben. Ich bin mir aber nach der Vorgabe dieses Mottos ganz sicher, dass auch die anderen Verfassungsorgane, die sich in viel größerem Umfang präsentieren können, als sich sogar das gastgebende Land präsentieren kann, also vor allem Bundestag und Bundesrat, dies aufgreifen werden und es dort auch interessante Angebote für die Jugend geben wird.

Ich selbst konnte jetzt in Dresden mit dabei sein. Schon dort war natürlich ein besonderer Schwerpunkt darauf gelegt, dass ein solches Fest nicht altbacken daherkommt, sondern innovativ ist und auf eine Art, die bei jungen Menschen ankommt, das Wissen vermitteln kann.

Ich bin mir sicher, dass wir das noch in besonderer Weise hinbekommen können, weil wir hier in Rheinhessen, aber auch in Rheinland-Pfalz ziemlich genau wissen, wie man Feste ausrichtet und feiert, so, dass es auch für junge Menschen attraktiv ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Ich glaube, Mainz geht schon seit Jahren mit leuchtendem Beispiel voran.

Präsident Hendrik Hering:

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht. Damit ist die Frage beantwortet. Vielen Dank.

(Beifall der SDP und bei FPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Sylvia Groß (AfD), Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitskosten für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach § 264 Absatz 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1, 1 a Asylbewerberleistungsgesetz in Rheinland-Pfalz** – Nummer 8 der Drucksache 17/1562 – betreffend, auf. Bitte tragen Sie vor.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem Abschluss dieser Rahmenvereinbarung sind neun Monate vergangen. In ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage – Drucksache 17/895 – teilte die Landesregierung unter dem 21. September – – –

Präsident Hendrik Hering:

Bitte nur die Fragen vortragen.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Ach so.

Präsident Hendrik Hering:

Es sollen nur die Fragen vorgetragen werden.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Ja, ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Landkreise bzw. kreisfreie Städte sind der Rahmenvereinbarung zwischenzeitlich beigetreten oder beabsichtigen dies nach Kenntnis der Landesregierung in unmittelbarer Zukunft zu tun?
2. Was sind nach Kenntnis der Landesregierung die Gründe dafür, dass bisher wenige oder keine Landkreise bzw. kreisfreie Städte der Rahmenvereinbarung beigetreten sind, wenn es durch diese doch, so zumindest die Ausführungen im Sozialpolitischen Ausschuss vom 16. Februar dieses Jahres, zu Einsparungen in der Verwaltung kommt?
3. Sind für den Fall, dass auch künftig keine oder nur wenige Landkreise und kreisfreie Städte der Rahmenvereinbarung beitreten sollten, Maßnahmen der Landesregierung geplant, um die Bereitschaft zum Beitritt zu erhöhen?

Danke.

Präsident Hendrik Hering:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Klasse 9f der Westend-Realschule plus Worms. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir dürfen außerdem Christoph Tuller und Mona Weiler aus Zweibrücken begrüßen. Sie sind Preisträger des Preises „Lead against racists“. Herzlich willkommen im Landtag und herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Zur Beantwortung für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Bätzing-Lichtenthäler das Wort.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Sylvia Groß beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung hat mit der Erarbeitung der Rahmenvereinbarung und deren Unterzeichnung den Kommunen ein Angebot unterbreitet, das von diesen angenommen werden kann. Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz entscheidet darüber in kommunaler Eigenverantwortung.

Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass Trier in der gestrigen Stadtratssitzung diesen Schritt als erste

Kommune in Rheinland-Pfalz gegangen ist und die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge zum nächstmöglichen Zeitpunkt beschlossen hat.

Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ist auch in der Landeshauptstadt Mainz in der politischen Diskussion. Darüber hinaus hat sich ein Landkreis an weiteren Informationen und einem Austausch über die elektronische Gesundheitskarte interessiert gezeigt.

Zu Frage 2: Die Landesregierung ist nach wie vor davon überzeugt, dass die Einführung einer solchen Karte Einsparungen in der Verwaltung und auch bei den Leistungsausgaben mit sich bringen wird. Mit der Ausgabe einer solchen elektronischen Gesundheitskarte werden die Kommunen deutliche Vorteile in der medizinischen Versorgung der Asylsuchenden, unter anderem beim Personaleinsatz, in der Abrechnung medizinischer Leistungen und in der medizinischen Betreuung nutzen können.

Sie werden nicht nur unmittelbar Geld sparen, sondern auch von einem Bürokratieabbau und den Strukturen der gesetzlichen Krankenversicherung profitieren können. Die angeführten finanziellen Vorteile lassen sich insbesondere im Bereich der Abrechnung von medizinischen Leistungen und des Personaleinsatzes in ihren positiven Auswirkungen auf einen Kommunalhaushalt prognostizieren.

Nach den Erfahrungen der Landesregierung haben allerdings neben den kommunalen Spitzenverbänden auch einzelne Städte bzw. Landkreise die Wirkung einer elektronischen Gesundheitskarte auf Kommunalhaushalte bislang nur sehr überschlägig berechnet und dabei Kostensenkungspotenziale nicht oder in zu geringem Maße berücksichtigt.

Zu Frage 3: Nach den Erfahrungen der Landesregierung konnten Bedenken gegen die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge im Zuge von Fachgesprächen und Expertenanhörungen ausgeräumt werden. Die Städte Mainz und Trier und auch der eingangs erwähnte Landkreis haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Landesregierung bietet auch weiterhin allen interessierten Kommunen ihre Unterstützung bei der Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge an. Es ist aber Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung, dieses Angebot anzunehmen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung die Kosten für eine Evaluation der elektronischen Gesundheitskarte übernehmen. Nach § 15 Nr. 2 der Rahmenvereinbarung soll nach Abrechnung der ersten beiden Quartale die Angemessenheit der Verwaltungskosten der Krankenkassen überprüft werden. Diese Aufgabe wird die Landesregierung für die beitretenden Kommunen übernehmen. Auf der Basis dieses Evaluationsergebnisses wird laut Vereinbarungstext eine Anpassung der Rahmenvereinbarung erfolgen, falls und soweit sich die Höhe der Verwaltungskosten als nicht sachgerecht darstellen sollte.

Auch können die Kommunen mit einer dreimonatigen Frist zum Quartalsende aus der Rahmenvereinbarung jederzeit austreten.

Bei allem Verständnis für die Kostendiskussion in den Kom-

munen, bei unseren Bemühungen um den Abschluss einer Rahmenvereinbarung und den Beitritt der Kommunen dazu geht es nicht nur um Kosten und Einsparung von Kosten, sondern vor allem und zuallererst um den diskriminierungsfreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung für Flüchtlinge.

Ich halte den diskriminierungsfreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung für ein Menschenrecht, das wir den von gewalttätigen Konflikten gezeichneten Menschen gewähren müssen. Daran werde ich auch festhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident! Frau Ministerin, Sie haben dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass Trier gestern Abend im Trierer Stadtrat beschlossen hat, als erste Stadt in Rheinland-Pfalz die elektronische Gesundheitskarte einzuführen. Sie haben es angedeutet, ich kann bestätigen, dass der Mainzer Stadtrat nicht nur darüber nachdenkt, sondern kommenden Mittwoch auf der Tagesordnung des Stadtrats beabsichtigt, als zweite Stadt die elektronische Gesundheitskarte in Rheinland-Pfalz einzuführen.

Ich frage Sie: Wie beurteilen Sie diese Entwicklung? Ist die Landesregierung bereit, und wenn ja wie, den Kommunen bei der Systemumstellung behilflich zu sein?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter Köbler. Ich begrüße es natürlich sehr, dass Mainz nun auch diesen Schritt sehr intensiv geht und voraussichtlich die zweite Kommune sein wird, vorbehaltlich des Beschlusses.

Ich denke, mit dem Signal gestern aus Trier ist wirklich der Startschuss gefallen, dass sich nun mehr Städte und Landkreise der elektronischen Gesundheitskarte anschließen werden.

Noch einmal, es hat Vorteile für alle Beteiligten, auf der einen Seite vor allen Dingen für die Geflüchteten selbst, die dadurch nicht zunächst auf das Sozialamt müssen, um sich dort einen Behandlungsschein ausstellen zu lassen oder ihn gegebenenfalls auch verweigert zu bekommen, sondern sie können diskriminierungsfrei die Arztpraxis aufsuchen.

Zum anderen hat es auch Vorteile für die Verwaltungen.

Das wird sich jetzt auch an den Beispielen herauskristalisieren. Wir haben Erfahrungen aus anderen Ländern, auch aus den Stadtstaaten Hamburg und Bremen wie auch aus Nordrhein-Westfalen, wo es Signale gibt, dass es wirklich

Einsparungen zu verzeichnen gibt. Hamburg und Bremen haben ganz konkrete Einsparungen zu verzeichnen. In Hamburg geht man von einem Kostenvermeidungsvolumen von insgesamt rund 1,6 Millionen Euro pro Jahr aus. Ich denke, das ist auch noch ein zusätzliches Argument dafür zu sagen, wir gehen den Weg der Gesundheitskarte. Das Angebot liegt auf dem Tisch, und wir werden als Landesregierung die Kommunen dabei begleiten. Wir bieten unsere Expertise an. Wir stehen auch bei Fragen zur Verfügung, die noch auftreten können, und stehen jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Teuber.

Abg. Sven Teuber, SPD:

Sehr geehrte Frau Ministerin, als Abgeordneter von Trier bin ich natürlich sehr froh, dass sich unsere Arbeit dahin gehend ausgezahlt hat, dass unser Stadtrat gestern den Beschluss gefasst hat. Ich danke auch noch einmal für Ihre Unterstützung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Die Frage stellt sich, weil es immer wieder Vorurteile auch dahin gehend gibt, ob Flüchtlinge, die eine solche Gesundheitskarte besitzen, nun mit den GKV-Versicherten gleichgestellt sind und/oder mehr andere Leistungen haben als zuvor.

Vielen Dank.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Teuber, für die Frage. Ich möchte die Gelegenheit noch einmal nutzen, um das wirklich klarzustellen und hier auch Vorurteilen und auch Gerüchten entgegenzutreten, die daraus entstehen. Der Flüchtling, der im Besitz einer Gesundheitskarte ist, hat genau denselben Leistungsanspruch wie der Flüchtling ohne Gesundheitskarte, das heißt, den eingeschränkten Leistungsumfang nach Asylbewerberleistungsgesetz. Das heißt, er bekommt nur eine medizinische Versorgung im Hinblick auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände.

Ich will ein Beispiel nennen. Das heißt, im Leistungsumfang sind Leistungen im Bereich der Arzneimittel, der Krankenhausbehandlung und der ärztlichen Behandlung vorhanden. Was nicht im Leistungsumfang beispielsweise enthalten ist, ist die Neuversorgung mit Zahnersatz. Das heißt, hier gibt es keine Besserstellung, keine Ausweitung des Leistungsumfangs. Es bleibt bei demselben Leistungskatalog, und es entstehen auch der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte keine Mehrkosten, weil diese Kosten entsprechend durch die Kommunen und die Länder wie bisher auch zu bezahlen sind.

Präsident Hendrik Hering:

Frau Thelen hat eine Zusatzfrage. Bitte schön.

Abg. Hedi Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben eben ausgeführt, dass die Kommunen, die sich bislang nicht für die elektronische Gesundheitskarte entschließen konnten, bei den Vergleichsrechnungen – es geht um Geld, die Kommunen sind schlecht dran – die möglichen Kostensenkungspotenziale nicht ausreichend berücksichtigen würden. Könnten Sie bitte näher ausführen, was das für Kostensenkungspotenziale sind und wie die nach Ihrer Auffassung berücksichtigt werden sollten?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank, Frau Thelen. Ich habe es so dargestellt, dass ich und wir den Eindruck haben, dass nicht ausreichend von diesen Kostensenkungspotenzialen Gebrauch gemacht wurde, weil es sicherlich schwierig ist, innerhalb der Verwaltung dies alles aufzuführen, was es bedeutet. Ich glaube, Personalaufwand kann gut berechnet werden. Aber was es letztendlich bedeutet, dort weniger Bürokratie zu haben, weniger Aufwand zu haben, das ist sicherlich nicht so einfach in der Darstellung.

Wir können nur auf diese Einsparung verweisen, die wir in den Stadtstaaten und in anderen Ländern haben. Deswegen haben wir in der Rahmenvereinbarung die Möglichkeit dieses sehr problemlosen Ein- bzw. auch Austritts aus der Rahmenvereinbarung und vor allen Dingen der Evaluation gegeben. Wenn die Kommune feststellt, dass ihre Berechnungen, so wie sie sie aufgestellt hat, nachher nicht der Realität entsprechen, kann entweder der Austritt erfolgen oder – das ist explizit verhandelt und auch vereinbart – die Verwaltungskosten, die oftmals seitens der Kommunen und der kommunalen Spitzenverbände in der Kritik stehen, können dann auch entsprechend angepasst werden.

Das heißt, wir haben hier eine Flexibilität enthalten. Was aber erfolgen muss, ist natürlich jetzt erst einmal der Beitritt der Kommunen. Erst dann können wir sehen, ob die Befürchtungen berechtigt sind oder nicht. Solange wir das nicht haben, können wir uns nur auf die Zahlen aus anderen Ländern stützen. Ich habe es gerade erwähnt, dazu gehören beispielsweise die Einsparungen im Bereich des Verwaltungsverfahrens, die wir beziffern können, die Einsparungen, die durch den Wegfall von spezieller IT-Software entstehen, die Einsparungen durch den Wegfall der Vorhaltung bestimmter Räumlichkeiten und natürlich auch die Einsparung im Bereich des Bürokratieabbaus.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Dr. Machalet.

Abg. Dr. Tanja Machalet, SPD:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben jetzt sehr ausführlich die Sichtweise der Kommunen erläutert. Können

Sie noch einmal die Sichtweise der Ärztinnen und Ärzte erläutern?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Danke, Frau Dr. Machalet, für die Frage, weil die Ärzte und Ärztinnen ebenfalls sehr von der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge überzeugt sind, weil diese Einführung die Ärztinnen und Ärzte entlastet. Das heißt, Sie müssen sich nicht mehr mit bürokratischen Zusatzaufgaben beschäftigen, wie das händische Ausstellen eines Behandlungsscheins, sondern der Flüchtling kommt mit der elektronischen Gesundheitskarte in die Praxis. Diese Karte wird eingelesen, und dadurch, dass ein besonderes Zusatzmerkmal auf dieser Karte enthalten ist, wird dem Arzt auch sofort signalisiert, hier handelt es sich um den eingeschränkten Leistungskatalog, weil hier ein Flüchtling die Gesundheitskarte hat. Das heißt, dieser bürokratische Aufwand, der vorher in den Arztpraxen mit dem Behandlungsschein zu verzeichnen war, wird deutlich minimiert. Die Ärztinnen und Ärzte können somit ihre wertvolle Zeit nutzen, um sich um die Patienten zu kümmern und die Patientenversorgung sicherzustellen.

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen weitere Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler des Evangelischen Gymnasiums in Bad Marienberg, 13. Jahrgangsstufe, Leistungskurs Sozialkunde. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Es liegen mir jetzt noch fünf weitere Zusatzfragen vor. Nach diesen betrachte ich die Anfrage als beantwortet. Als Nächstes hat Herr Abgeordneter Frisch das Wort.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Frau Ministerin, ich bin ebenfalls Abgeordneter des Wahlkreises Trier und habe die Diskussion um die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sehr intensiv mit verfolgt. Ich weiß, dass die Praxis in Trier bisher so war, dass die Asylbegehrenden beim Erstkontakt mit der Kommune einen Behandlungsschein bekommen haben, anschließend einmal im Quartal ihn entweder mit der Post zugeschickt bekamen oder sie diesen Schein dann wiederum beim Amt abholen mussten.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Können Sie mir bitte einmal erklären, worin die Diskriminierung dieser bisherigen Praxis bestanden hat? Ich kann die überhaupt nicht erkennen, insbesondere im Hinblick darauf, dass es viele deutsche Bürger gibt, die für alle möglichen Sachen, insbesondere wenn sie staatliche Leistungen in Anspruch nehmen, jede Menge Behördengänge unternehmen müssen. Danke schön.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales,

Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Abgeordneter Frisch, es geht hier um ein Menschenrecht, nämlich den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung. Ich sehe an dieser Stelle durchaus eine Unterscheidung, die hier bislang zwischen den Geflüchteten und den Bürgerinnen und Bürgern, die über eine elektronische Gesundheitskarte verfügen, gemacht wurde. Diese Unterscheidung zu machen, erschließt sich mir nicht. Ich sehe darin keine Begründung, warum es diese Unterscheidung geben sollte. Mit der elektronischen Gesundheitskarte besteht die Möglichkeit, mit der Karte in die Arztpraxis zu gehen, sodass hier wirklich eine Gleichstellung erfolgt, was den Zugang angeht, nicht, was den Leistungsumfang angeht. Ich denke, das ist eine Frage der Menschenwürde, die wir auch den Geflüchteten in Deutschland zukommen lassen sollten, wenn es auch um den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung geht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben angeführt, dass die Berechnungen in den Kreisen zum Teil noch nicht abgeschlossen sind. Ich weiß es aus dem Kreis Mayen-Koblenz. Da ist das getan worden und bereits im Sommer klar entschieden worden, dass wir diese Gesundheitskarte nicht haben wollen. Eine der Fragen von Frau Dr. Groß war: Wie viele Kreise haben denn bisher die Gesundheitskarte abgelehnt? – Die genaue Zahl haben Sie bisher nicht genannt. Das war aber eine der Fragen. Ich würde Sie daran noch einmal erinnern wollen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Junge, ich habe in meinen Ausführungen deutlich gemacht, dass gestern die Stadt Trier die erste Stadt und Kommune in Rheinland-Pfalz ist, die die Gesundheitskarte eingeführt hat. Wir haben jetzt die Absicht von der Stadt Mainz gehört. Einen Landkreis gibt es bislang noch nicht, der sich positiv dafür entschieden hat. Es besteht aber keine Notwendigkeit der Kommunen, sich negativ zu entscheiden und sie abzulehnen, sondern wir geben jeder Kommune die Möglichkeit, wann immer sie das möchte, dieser Rahmenvereinbarung beizutreten. Sie liegt auf dem Tisch. Das Angebot gibt es, und es gibt auch Kommunen, die das vielleicht für sich schon klar entschieden haben, egal was links und rechts jetzt läuft, aber es gibt auch Kommunen, die sagen: Warten wir erst einmal ab, schauen wir, wie sich das bei den anderen darstellt. Vielleicht ist es für uns doch noch eine Option. –

Diese Kommunen können auch gern abwarten. Wir haben dort keine Frist gesetzt, sondern die Rahmenvereinbarung liegt auf dem Tisch. Wir bieten jederzeit die Möglichkeit der Beratung und der Unterstützung an. Ich bin absolut sicher, dass auch die Trierer von ihren Erfahrungen bei den

anderen Kommunen dann entsprechend berichten werden, damit man sich einen Eindruck davon verschaffen kann, welche positiven Auswirkungen die elektronische Gesundheitskarte in der Praxis hat.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Dr. Groß.

Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:

Hat sich erledigt.

Präsident Hendrik Hering:

Dann eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Kessel.

Abg. Adolf Kessel, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, meine Frage geht dahin, wer überprüft, ob Leistungen über den eingeschränkten Leistungskatalog hinaus angeordnet worden sind und auch erbracht worden sind, und wer die Verantwortung, sprich die Kosten, trägt, wenn darüber hinaus Leistungen erbracht wurden.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Abgeordneter, vielen Dank. Das ist das System. Deswegen haben die Krankenkassen hier an dieser Stelle die Verantwortung. Deswegen wird auch die Verwaltungskostenpauschale gezahlt. Das ist genau der Grund, warum wir der Überzeugung sind, dass hier wirklich auch den Mitarbeitern des Sozialamts, die das bisher überprüfen mussten, ob der Behandlungsschein ausgestellt werden soll oder nicht, eine Entlastung gegeben wird. Wenn wir uns das einmal anschauen, über was da alles zu entscheiden sei, haben wir im stationären Bereich 1.800 DRGs. Wir haben im Bereich der ambulanten Behandlung einen riesigen Katalog von Maßnahmen, die da zu beachten sind. Wir haben Rabattmöglichkeiten. Wir haben den eingeschränkten Leistungskatalog. Das sind alles die Aufgaben, für die letztendlich dann diese 8 %ige Verwaltungskostenpauschale zu finanzieren ist, die dann von den Krankenkassen übernommen werden, die nicht mehr in den Behörden anfallen und somit auch da gewährleistet ist, hier findet eine ordentliche Abrechnung ohne zusätzlichen Aufwand in der Verwaltung statt.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thelen.

Abg. Hedi Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, teilen Sie die Auffassung, dass es ein grundsätzlicher Fehler war, in die Verhandlungen dieser Rahmenvereinbarung ausgerechnet diejenigen, die letztlich die Kosten zu tragen haben, nämlich die Kommunen, nicht einzubinden und dann noch als Bezahlungssystem für die Kassen eine Verwaltungskostenpauschale

einzuführen, die auf die Leistungen aufgeschlagen wird, wodurch auch die Befürchtung bei einigen Kommunen besteht, je mehr Leistungen an die Empfänger ausgegeben werden, umso höher sind zumindest dann de facto auch die Beträge, die die Kassen zur Bezahlung auch ihres Verwaltungsaufwandes erhalten können?

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Frau Abgeordnete Thelen, diese Einschätzung teile ich nicht, weil sie nicht den Tatsachen entspricht. Ich habe zur Auftaktveranstaltung zur Rahmenvereinbarung alle Oberbürgermeisterinnen und alle Oberbürgermeister, alle Landrätinnen und alle Landräte und die kommunalen Spitzenverbände eingeladen, auf der wir uns darüber verständigt haben, welchen Weg wir bei der Rahmenvereinbarung gehen wollen. Wir haben uns dann in diesem großen Gremium entschieden – viele haben diese Einladung angenommen –, wir werden eine Arbeitsgruppe einrichten, die ganz konkret in die einzelnen Verhandlungen hineingeht, in denen die Detailregelungen dann wirklich vereinbart werden.

Dazu haben wir wieder alle Kommunen, alle Vertreterinnen und Vertreter eingeladen. Es haben sich fünf bereit erklärt, an dieser Arbeitsgruppe teilzunehmen. Das waren der Landkreis Kaiserslautern, der Landkreis Mainz-Bingen, die Stadt Trier, die Stadt Zweibrücken und die Stadt Pirmasens. Das waren die beteiligten Kommunen. Diese haben mit am Tisch gesessen und mitverhandelt. Sie haben auch bei der 8 %igen Verwaltungskostenpauschale, die in der Tat immer wieder diskutiert wird, diesen Punkt mitdiskutiert.

Zu dem Punkt zu sagen, sie haben die Befürchtung, dass damit immer noch mehr Kosten entstehen: Diese Kosten würden vor Ort aber auch entstehen, wenn jemand viele Leistungen in Anspruch nimmt, weil der Sachbearbeiter im Sozialamt bislang dann auch viel mehr prüfen muss, was entsprechend anfällt und ob es plausibel ist. Diese Arbeit wird entsprechend durch die Krankenkassen durchgeführt, sodass da jetzt keine Schlechterstellung gegenüber dem vorherigen Zustand ist.

Präsident Hendrik Hering:

Für die letzte Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Junge das Wort.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Frau Ministerin, ich muss noch einmal penetrant nachfragen. Wir haben 36 Landkreise und kreisfreie Städte. Sie als zuständige Ministerin müssten uns doch sagen können, wie viele davon tatsächlich – Sie feiern gerade Mainz – – –

(Zuruf der Staatsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler)

– Nein, haben Sie nicht. Sie haben nicht gesagt, wie viel abgelehnt haben und wie viel noch in Prüfung sind, es tut mir leid. Sie haben nur darauf abgehoben, dass zwei, also Mainz und Trier jetzt – – –

Präsident Hendrik Hering:

Die Frage ist klar.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Ist sie klar? Ich hoffe doch. Danke.

Präsident Hendrik Hering:

Man kann sie verstehen. Sie wird jetzt beantwortet.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Junge, es liegt in der Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung zu entscheiden, ob sie annehmen oder nicht. Wir haben keine offizielle Ablehnung von einem Landkreis erhalten; aber die Kommunen müssen uns auch nicht mitteilen, ob sie ablehnen oder ob sie noch in der Überlegungsphase sind. An das Sozialministerium ist lediglich der Hinweis zu geben, wenn sie dieser Rahmenvereinbarung beitreten möchten. Wie gesagt, es gibt den ersten Beitritt aus Trier, und die anderen beiden, die ich genannt habe, sind in Aussicht gestellt.

Präsident Hendrik Hering:

Vielen Dank, damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Marco Weber (FPD), Digitalisierung in der Landwirtschaft und im Weinbau** – Nummer 9 der Drucksache 17/1562 – betreffend, auf.

Herr Abgeordneter Weber trägt die Fragen vor.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

1. Welche politischen Weichenstellungen sind erforderlich, um die bestmöglichen Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Risiken zu verringern?
2. Welche politischen Weichenstellungen sind dazu in Rheinland-Pfalz erforderlich?
3. Gibt es bereits politische Ansätze und Strategien, um die Landwirte und Winzer in Rheinland-Pfalz auf dem rasanten Weg in die Landwirtschaft und den Weinbau 4.0 zu unterstützen und ihnen den Zugang zur Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten in diesem Bereich zu erleichtern?

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatsminister Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, Herr Kollege Weber, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einführung von Digitalisierungsprozessen in Landwirtschaft und Weinbau stellt eine besondere Herausforderung dar, die sich unter dem Stichwort „Smart Farming“ bereits etabliert hat. Beispiele für den erfolgten Einzug in die Praxis sind das teilautonome Fahren von landwirtschaftlichen Fahrzeugen, der Drohnenflug über dem Steilhang an der Mosel zum effektiven Aufbringen von Pflanzenschutzmitteln oder die Nutzung von digitalisierten Geodaten für Betriebsführung, Agrarförderung und Beratung. Das Ziel meines Hauses besteht darin, diese Daten für die landwirtschaftlichen Anwender verfügbar zu machen. Dies setzt eine ausreichende Infrastruktur zur Datenübermittlung im ländlichen Raum, leistungsfähige und anwenderfreundliche Softwarelösungen sowie ein hohes Maß an Standardisierung voraus.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Nutzung von digitalen Techniken in der Landwirtschaft betrifft sowohl eine Vernetzung intelligenter Steuerungssysteme und -prozesse wie auch die Kommunikation und gegebenenfalls die mobile Übermittlung von Daten. Die Landesregierung wird sich daher beispielsweise für die zügige Standardisierung der Daten und eine effiziente Bereitstellung von Frequenzen für den neuen Mobilfunkstandard 5G einsetzen.

Derzeit werden weltweit viele unterschiedliche digitale Problemlösungen für die Agrarwirtschaft angeboten. Selbst in Deutschland ist die Vielfalt kaum überschaubar. Ohne eine Vereinheitlichung der Begriffe ist aber digitale Kommunikation nicht effizient möglich. Was wir brauchen, ist ein sogenanntes kontrolliertes Vokabular. Hier ist die öffentliche Verwaltung für die ersten Schritte in diese Richtung gefragt. Was in einem Land erarbeitet wurde, sollte in den anderen Ländern nutzbar sein und auch verpflichtend genutzt werden. Denkbar wäre hierzu eine Bund-Länder-Vereinbarung, die ich derzeit prüfen lasse.

Wichtig sind auch Datensicherheit und Datenschutz sowohl bei den datenliefernden Institutionen als auch bei den nutzenden Betrieben.

Zu Frage 2: Ein Ausfall von Daten aufgrund von Notfällen – sei es, dass der Strom oder das Internet ausfällt – kann unter Umständen zu eklatanten Lieferverzögerungen bis hin zu kompletten Ausfällen der Produktion führen. Über Funk, betriebliches WLAN und Notstromaggregate ist es möglich, auch in Krisensituationen den Datenverkehr und die Produktion aufrechtzuerhalten. Unser Ziel ist es, die Betriebe entsprechend zu ertüchtigen.

Eine weitere wichtige Weichenstellung sind die Förderanträge. Die Europäische Kommission schreibt vor, dass spätestens ab dem Jahr 2018 die Beantragung von flächenbe-

zogenen Agrarfördermaßnahmen, also Direktzahlungen, Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, nur noch georeferenziert elektronisch erfolgen darf und den Betriebsinhabern innerhalb einer bestimmten Frist die Möglichkeit zur sanktionslosen Änderung ihrer Flächendaten einzuräumen ist.

Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2015 in Kooperation mit dem Saarland neben dem Papierantrag erstmals die georeferenzierte Antragstellung angeboten. Wir werden den elektronischen Antrag ab dem Jahr 2018 verbindlich einführen und in den Jahren 2017 und 2018 von den Ausnahmeregelungen der InVeKoS-Verordnung Gebrauch machen.

Die Digitalisierung der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz und die beabsichtigte Entwicklung zu einem Land der intelligenten Vernetzung kann nur unter der Voraussetzung einer bedarfsgerecht zur Verfügung stehenden Breitbandinfrastruktur gelingen. Der notwendige Ausbau der Infrastruktur besonders im ländlichen Raum ist daher ein besonders wichtiges Anliegen der Landesregierung.

Zu Frage 3: Die Landesregierung wird neben den gerade genannten Weichenstellungen verstärkt Vernetzungsformate, Begegnungsforen sowie die Präsentation von Best-Practice-Beispielen unterstützen. Exemplarisch seien hier die map-rlp-Entwicklungen, aber auch die Digitalen Einkaufsführer, Smart Farming in der Ausbildung, digitale Methoden im Unterricht, beispielsweise Webinare als eine Mischung aus Internetnutzung und Seminar oder die Vielzahl von interaktiven Prognosemodellen in der Landwirtschaft erwähnt.

Zusammenfassend kann man Folgendes feststellen: An wichtigen Voraussetzungen wie der digitalen Infrastruktur, der Datensicherheit, aber auch der Bereitstellung von Fachdaten wird in Rheinland-Pfalz intensiv gearbeitet. Es bedarf notwendiger Konzepte zur Datensicherheit einerseits, aber auch klarer Regeln. Hierfür ist der Ausbau der Netze, aber auch etwa die Vereinheitlichung des Vokabulars zur Nutzung agrarischer digitaler Systeme erforderlich. Soweit es die Haushaltssituation zulässt, werden wir entsprechende Projekte auch finanziell unterstützen bzw. die entsprechenden Förderprogramme anbieten. Der Landwirtschaftssektor ist für das Land Rheinland-Pfalz von überragender Bedeutung, und die Zukunft gehört nach unserer Ansicht dem Smart Farming.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Arnold Schmitt, CDU:

Herr Minister, inwieweit ist das Thema Digitalisierung in der Landwirtschaft und im Weinbau mittlerweile in unseren Dienstleistungszentren Ländlicher Raum etabliert, und welche Fachberatung gibt es zu diesem Thema?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege, ich habe bereits erwähnt, dass es digitale Methoden im Unterricht gibt, beispielsweise Webinare als

Mischung aus Internetnutzung und Seminar. Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum sind mit hervorragenden, hochmodernen und auch an den Fortschritten der digitalen Transformationsprozesse interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leistungsfähig und unterstützen die Strategie der Landesregierung, die Digitalisierung im Bereich der Landwirtschaft und des Weinbaus für Rheinland-Pfalz nutzbar zu machen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Herr Minister, gibt es in Rheinland-Pfalz kompetente Firmen, die die Landwirtschaft- und Weinbaumaschinen im digitalen Bereich fördern bzw. auch die Produktionsmittel im Weinbau und in der Landwirtschaft zur Verfügung stellen können, und werden sie zukünftig auch dementsprechend vonseiten des Wirtschaftsministeriums explizit unterstützt?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege Weber, Rheinland-Pfalz verfügt über eine besondere mittelständische Wirtschaftsstruktur, und wir sind stolz darauf, dass wir mittelständische Unternehmen haben, die einen weltweiten Ruf im Bereich der Landwirtschaftstechnik genießen. Wir sind seitens des Wirtschaftsministeriums daran interessiert, dass diese Unternehmen in den nächsten Jahren viel in Innovation und Fortschritt investieren.

Wir haben beispielsweise neulich ein Unternehmen ausgezeichnet, das einen Traubenvollernter für Steillagen entwickelt hat. Ich halte diese technologischen Neuerungen nicht nur zur Sicherung des Steillagenweinbaus bei uns in Rheinland-Pfalz und damit auch zum Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft für überragend und wichtig, sondern sehe darin auch gute Exportmöglichkeiten. Insofern tut die Landesregierung alles, was sie kann, um die Unternehmen auch durch Fördermittel zu unterstützen; denn die technologische Innovation ist auch Voraussetzung dafür, dass Landwirtschaft und Weinbau bei uns wettbewerbsfähig bleiben und damit auf Dauer erhalten werden können.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Schneider.

Abg. Christine Schneider, CDU:

Herr Minister, Sie sind auf das Thema Datensicherheit und Datenschutz eingegangen. Was ist denn nach Ihrer Meinung konkret notwendig, damit die Daten der Anwender, insbesondere unserer Landwirte und Winzer, geschützt werden?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr,

Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Kollegin Schneider, das Thema Datensicherheit spielt in der Wirtschaft generell eine Rolle und genauso auch in der Landwirtschaft und im Weinbau. Überall dort, wo Digitalisierungsprozesse vorangetrieben werden und die Digitalisierung in Produktion und in Wirtschaftsabläufe Einzug hält, muss Datensicherheit ein vorrangiges Ziel sein.

Wir haben beobachtet, dass das Interesse der Unternehmen an Maßnahmen zur Datensicherheit nicht in dem Ausmaß vorhanden ist, wie wir es für erforderlich halten, und haben deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, die evaluiert, woran das liegen könnte und wie man diese Dinge verbessern kann. Diese Studie wird gegenwärtig ausgewertet.

Wir sind dabei, in Zusammenarbeit mit den Kammern und den Verantwortlichen aus der Wirtschaft Angebote zu unterstützen, die auf die besonderen Möglichkeiten zur Datensicherheit hinweisen, und wir sind zuversichtlich, dass wir damit auch die notwendige Sensibilität bei den Betroffenen wecken.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Sehr geehrter Herr Minister, kann die Landesregierung Schwierigkeiten bei der Umsetzung bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum und den Volkshochschulen im Sinne des E-Antrages und eine ausufernde Bürokratisierung, die insbesondere für kleine Betriebe im ländlichen Raum schwer zu stemmen ist, bestätigen, und kann die Landesregierung bestätigen, dass bei Aussiedlerhöfen im ländlichen Raum diese Programme gar nicht laufen?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege, wie ich bereits erwähnt habe, ist die Voraussetzung für die Umsetzung von Digitalisierungsprozessen, dass wir flächendeckend eine gute Breitbandversorgung haben. Wo keine Zugänge zur digitalen Infrastruktur vorhanden sind, kommt es zwangsläufig zu Problemen bei der digitalen Anwendung in Betrieben. Insofern ist es für die Landesregierung wichtig, dass wir den Breitbandausbau massiv vorantreiben. Entsprechende Vereinbarungen sind getroffen worden, und die Landesregierung ist mit großem Engagement aktiv.

In der Tat bedeutet die Umstellung auf elektronische Anträge für die Betriebe eine Herausforderung. Ziel muss es aber sein, dass dadurch nicht ein Mehr an Bürokratie entsteht, sondern die Digitalisierung gerade auch im Bereich von bürokratischen Lasten entlastet und die Dinge vereinfacht. Wo wir dabei unterstützen können, tun wir dies durch Beratung beispielsweise unserer Dienstleistungszentren Ländlicher Raum. Aber die Landesregierung nutzt auch die Möglichkeiten, um Übergangsfristen zu schaffen, damit die Betriebe nicht über Gebühr belastet werden und

ihren Kernaufgaben der Landwirtschaft und des Weinbaus nachgehen können.

Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen jetzt noch sechs weitere Zusatzfragen vor, und nach deren Abarbeitung betrachte ich die Mündliche Anfrage als beantwortet. Als Nächstes hat Herr Kollege Zehfuß das Wort.

Abg. Johannes Zehfuß, CDU:

Herr Minister Wissing, sehen Sie durch die Digitalisierung eine Optimierung des Produktionsinputs, und halten Sie eine dadurch geringere Belastung der Ökosysteme für möglich?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege Zehfuß, ja, ich bin davon überzeugt, dass wir durch die Entwicklung neuer Technologien auch unter Nutzung der Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung in der Landwirtschaft effizienter und auch ökologischer werden können. Deswegen ist es so wichtig, dass diese Dinge genutzt werden.

Beispielsweise können Düngemittel präzise ausgebracht werden durch digitale Systeme, die die Pflanzen fotografisch erfassen, ihr konkretes Entwicklungsstadium digital auswerten und damit präzise düngen und eben nicht nur eine bestimmte Menge auf eine bestimmte Fläche ausbringen. Die Digitalisierung bietet gerade auch in der Landwirtschaft enorme Chancen, und deswegen sind wir so engagiert in diesem Bereich und haben beispielsweise auch das CVC-Cluster auf diesen Bereich ausgerichtet. Wir sind mit großer Aufmerksamkeit und in engem Kontakt mit den Betrieben, die dort durch Investition und Forschung die Prozesse vorantreiben. Es sind auch schon großartige Ergebnisse erzielt worden. Die Landesregierung hat bereits Förderprogramme zur Anschaffung neuer Technologie durch landwirtschaftliche Betriebe, und wir prüfen auch deren Ausweitung.

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Arnold Schmitt, CDU:

Herr Minister, haben Sie einen Überblick darüber, welche aktuelle Forschung es zum Thema Digitalisierung in der Landwirtschaft und im Weinbau im Moment in Rheinland-Pfalz gibt? Welche Forschungsaufträge hat die Landesregierung in der Entwicklung?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege, wir haben einen sehr guten Überblick darüber und einen sehr engen Austausch. Rheinland-Pfalz zeichnet

sich dadurch aus, dass es eine sehr enge Kommunikation zwischen der Landesregierung und der forschenden und investierenden Wirtschaft gibt. Durch die Zusammenführung der Bereiche Landwirtschaft, Weinbau und Wirtschaft haben wir dies nun in einer Hand, und ich verfolge das mit größter Aufmerksamkeit.

Die Forschungsinvestitionen in Rheinland-Pfalz haben wir damit fest im Blick, und wir haben im rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau auch eine Abteilung, die sich mit Innovation und Technologie beschäftigt und in permanentem Austausch mit den Unternehmerinnen und Unternehmern steht.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schwarz.

Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:

Danke, Herr Präsident. Ich hatte zwei Fragen, und beide sind beantwortet.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Böhme.

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:

Herr Minister, im Rahmen der Digitalisierung wird auch immer wieder über den Einsatz von Drohnen gesprochen. Müssen hierbei besondere Regelungen getroffen und eingehalten werden?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Der Drohnenflug bedarf bestimmter Genehmigungen. Da gibt es in Rheinland-Pfalz eine Genehmigungsbehörde. Es kann nicht jeder Privater einfach Drohnen steigen lassen.

Wir nutzen beispielsweise Drohnen aber auch, um Schäden in der Landwirtschaft zu dokumentieren. Das haben wir in diesem Jahr gemacht, um Hochwasserschäden zu dokumentieren. Dadurch haben wir mit dieser modernen Technologie einen Weg gefunden, um sehr kostengünstig, sehr präzise und vor allem Dingen sehr schnell Schäden zu dokumentieren, was wichtig ist, um mögliche Entschädigungsansprüche seitens der Landwirtinnen und Landwirte prüfen zu können.

Die rechtlichen Voraussetzungen für den Drohneinsatz werden derzeit auf Bundesebene evaluiert. Selbstverständlich müssen hier Regeln gelten. Es sind auch, was den Drohneinsatz angeht, Datenschutzinteressen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Es kann natürlich nicht jeder mit einer Drohne über das Nachbargrundstück fliegen und dort Bildaufnahmen machen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Schneider.

Abg. Christine Schneider, CDU:

Herr Minister, Herr Kollege Wäschenbach hat eine Frage bezüglich der Probleme zum E-Antrag gestellt. Er hat geschildert, dass es massive Probleme beim Ausfüllen gab und mancher Betrieb damit wirklich überfordert war. Sie haben dann geantwortet, Sie wollen die Betriebe entlasten. Es gibt Übergangsfristen, aber 2018 soll der E-Antrag verbindlich eingeführt werden. Meine Frage lautet: Haben Sie die Kritik aufgenommen, und wird die entsprechend eingearbeitet und möglicherweise der Antrag vereinfacht?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Kollegin Schneider, die Entscheidung, 2018 verbindlich E-Anträge vorzuschreiben, ist eine Entscheidung, die auf europäischer Ebene getroffen worden ist. Wir tun alles, um es vor Ort den Betrieben so einfach wie möglich zu machen und ihnen dabei zu helfen. Die Betriebe können sich jederzeit an das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum wenden.

Wir haben die Probleme nicht übersehen. Ich sage noch einmal: Das Ziel muss es sein, dass durch die elektronische Antragstellung für die Betriebe am Ende eine Erleichterung und keine Erschwernis geschaffen wird.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Danke schön, Herr Präsident. Herr Minister, 2011 gab es einen Pilotversuch zur Spritzung von Steillagen durch Drohnen. Das damalige Ministerium für Landwirtschaft mit Ulrike Höfken hatte das in Neumagen-Dhron durch das DLR Mosel angeregt. Ich bin durchaus Ihrer Meinung, aber ich darf nichts kommentieren.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Noch einmal von vorn anfangen!)

Zum einen ist das natürlich ökologisch besser. Zum anderen gibt es immer wieder tödliche Unfälle mit Spritzhubschraubern, sodass auch unter dem Gesichtspunkt eine Drohnenbespritzung besser wäre. Meine Frage: Gibt es eine gezielte Beratung der Spritzausschüsse, um sie mit den Vorteilen einer Drohnenbespritzung bekannt zu machen?

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Kollegin Blatzheim-Roegler, Ziel der Landesregierung ist es, das notwendige und erforderliche Spektrum an Pflanzenschutzmitteln für die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig verfolgen wir die Strategie, die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln so gering wie möglich und so präzise wie möglich vornehmen zu können. Das ist am Ende eine wichtige Voraussetzung, um einerseits Kos-

teneffizienz zu haben und um auf der anderen Seite, ohne das in eine prioritäre Rangfolge stellen zu können, auch ökologische und Naturschutzinteressen berücksichtigen zu können.

So ist es beispielsweise bei der Bekämpfung der Kirschesigfliege im Weinbau für die Winzerinnen und Winzer besonders wichtig, dass sie nicht die Raubmilbe beschädigen, weil das sonst im Folgejahr dazu führt, dass man wieder mit der roten Spinnmilbe zu tun hat. So darf kein Kreislauf in Gang gesetzt werden. Da versprechen wir uns von Digitalisierungsprozessen, auch beispielsweise durch den Einsatz von Drohnen, aber auch von digitalen Systemen, einen möglichst präzisen und geringen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erreichen zu können, der Kosten spart, der nur bestimmte Schädlinge trifft und keine Kollateralschäden anrichtet.

Vor diesem Hintergrund sehen wir in der Digitalisierung gerade auch für das Ineinklangbringen von notwendigen Pflanzenschutzmaßnahmen und der Wahrung von Naturschutzinteressen neue Chancen, die wir für unser Land und die Winzerinnen und Winzer sowie die Bäuerinnen und Bauern eröffnen.

Präsident Hendrik Hering:

Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet. Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen damit zur **Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Andreas Hartenfels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Weltklimakonferenz in Marrakesch – Konsequenzen für Rheinland-Pfalz** – Nummer 10 der Drucksache 17/1562 – betreffend.

Herr Hartenfels, bitte.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse erhofft sich die Landesregierung von der Weltklimakonferenz in Marrakesch?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die konkreten Inhalte des deutschen Klimaschutzplans vor?
3. Welche umwelt- und wirtschaftspolitischen Folgewirkungen sind für Rheinland-Pfalz durch den Klimaschutzplan zu erwarten?
4. Welche begleitenden Maßnahmen startet die Landesregierung Rheinland-Pfalz, um den Klimaschutzplan zum Erfolg zu führen?

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Dr. Griese.

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu Frage 1: Um die Erwartungen, die an die Klimakonferenz von Marrakesch bestehen, richtig einordnen zu können, muss man sich die Entwicklung seit Dezember 2015 vor Augen führen.

Vor weniger als einem Jahr haben sich die Staaten der Erde auf der Klimakonferenz von Paris auf konkrete Pläne und konkrete Ziele im Klimaschutz geeinigt. In Rekordzeit, in weniger als einem Jahr, ist diese Vereinbarung ratifiziert worden. Es ist denkwürdig, dass die Ratifizierung vor der Europäischen Union bereits von den Ländern USA und China vorgenommen wurde.

Die jetzige Klimakonferenz steht unter dem Leitmotto „Action and Implementation“, also Handeln und Umsetzung. Das ist auch notwendig, da der Klimawandel Realität ist und wir dringend darauf angewiesen sind, Klimaschutzmaßnahmen zu betreiben.

Das will ich auch anhand der aktuellen Temperaturzahlen aus Rheinland-Pfalz unterlegen. In Rheinland-Pfalz war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen das Jahr 2014 mit plus 1,8 Grad Celsius. 2015 war das zweitwärmste Jahr, und 2016 wird allem Anschein nach 2015 sogar noch überholen. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen waren also die drei wärmsten Jahre in Rheinland-Pfalz die Jahre 2014, 2015 und 2016.

Wir merken die Auswirkungen nicht zuletzt auch bei den Starkregenereignissen und den dadurch ausgelösten, lokal begrenzten Hochwasserereignissen, die wir in diesem Jahr hatten, bei Schädlingen, die wir vorher nicht hatten – es war gerade von der Kirschesigfliege die Rede, einem Klimafolgeschädling –, oder an den sich stärker ausbreitenden Pilzkrankheiten, die wir in den landwirtschaftlichen und weinbaulichen Kulturen haben.

Vor diesem Hintergrund erhoffen wir uns und erwarten wir, dass aus der in Rekordzeit vorgenommenen Ratifizierung des Klimaschutzabkommens vom Dezember 2015 jetzt auch Schwung in die Umsetzung entsprechender Maßnahmen hineinkommt und sich die Mitgliedstaaten der Erde jetzt auch auf konkrete Umsetzungs- und Handlungsschritte verständigen.

Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass wir uns als Bundesrepublik Deutschland und auch als Europäische Union nicht zurücklehnen und glauben können, wir seien im Klimaschutz die Vorreiter und alle anderen würden uns nur nach und nach oder zögerlich folgen, sondern die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass gerade die Länder, die in der Vergangenheit dabei eher zögerlich waren, jetzt auf die Überholspur gehen.

Gerade gestern war unter „tagesschau.de“ zu lesen, als eine Bilanz der Präsidentschaft von Präsident Obama gezogen wurde, dass in der Regierungszeit von Präsident Obama in den USA auf entsprechendes Regierungsbetrieb hin über 400 Kohlekraftwerke stillgelegt worden sind.

Eine zweite denkwürdige Zahl ist, dass in China im letzten Jahr so viel Windkraftkapazität installiert worden ist – ungefähr 36.000 MW –, wie in Deutschland insgesamt steht. Dies in einem Jahr! In diesem und im nächsten Jahr wird es ähnlich sein.

Das zeigt, wir dürfen uns nicht bequem zurücklehnen, sondern wir müssen mit entsprechenden Klimaschutzanstrengungen den Klimawandel bekämpfen.

Zu Frage 2: Das Bundesumweltministerium hat inzwischen auf der Homepage den Klimaschutzplan des Bundes 2050 veröffentlicht. Deutschland will bis zur Mitte dieses Jahrhunderts weitgehend treibhausgasneutral sein. Das Zwischenziel für Deutschland ist nach diesem Plan eine Minderung um 55 % bis spätestens 2030.

Ich will schon hier sagen, dass wir da als Land Rheinland-Pfalz ehrgeiziger sind. Wir haben ein Landesklimaschutzgesetz, das auch von der neuen Koalitionsregierung entsprechend unserer Koalitionsvereinbarung vorangetrieben wird. In ihm ist bereits festgelegt, dass wir schon bis 2020 40 % Minderung erreicht haben wollen.

Wir begrüßen, dass jetzt im Bundesklimaschutzplan konkrete Minderungsvorgaben für einzelne Bereiche, für einzelne Handlungsfelder festgelegt worden sind. Wir sagen aber auch vor dem Hintergrund, dass wir in der Koalitionsvereinbarung festgelegt haben, dass wir uns auch zum Kohleausstieg bekennen, dass wir uns im Klimaschutzplan der Bundesregierung ein konkretes Ausstiegsdatum gewünscht hätten.

Zu Frage 3: Der vorgelegte Plan enthält erstmals Minderungsziele für einzelne Wirtschaftszweige bis 2030 und gibt damit eine konkrete strategische Orientierung.

Ich will an dieser Stelle darauf verweisen, dass Rheinland-Pfalz zum Beispiel beim Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen eine Spitzenstellung in Deutschland einnimmt. Wir werden in diesem Jahr etwa 45 % des Stroms, der in Rheinland-Pfalz erzeugt wird, aus erneuerbaren Quellen bekommen haben. Das ist ein Zielwert, an dem sich die anderen Bundesländer gerne orientieren sollen.

Ich will dann auch darauf hinweisen, dass die Folgen des Klimawandels, wenn wir nichts tun, teurer werden als das, was wir in den Klimaschutz investieren. Die geplante Dekarbonisierung soll und wird im Übrigen nicht zu einer Verringerung der Industrieproduktion führen, sondern sie wird Arbeitsplätze schaffen, Wirtschaftskraft erhalten und ausbauen sowie das Innovationspotenzial, das wir haben, nutzbar machen.

Mit unseren erfolgreichen Unternehmen im Bereich der Umwelt- und Klimaschutztechnologie schaffen wir eine Grundvoraussetzung für das Voranbringen des Klima- und Umweltschutzes. Eine Zahl ist dabei in besonderer Weise von Bedeutung: Der Anteil der Umwelt- und Klimaschutztechnologie am rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt liegt inzwischen nämlich bei 11 %, und das Wachstum dieser Branche liegt zwischen 11 und 16 %. Damit liegt es deutlich über dem Bundesdurchschnitt, bei dem wir „nur“ ein Wachstum von 7,5 % haben. Aber auch das zeigt, dass

es eine innovative und wachsende Branche ist.

Zu Frage 4: Der Klimaschutzplan richtet sich als Strategie zuallererst an den Bund, aber auch die Länder müssen ihren Beitrag leisten. Wir, Rheinland-Pfalz, haben mit dem Landesklimaschutzgesetz 2014 und dem Landesklimaschutzkonzept ressortübergreifend die Weichen gestellt. Wir waren eines der drei ersten Bundesländer, das ein solches Klimaschutzgesetz und einen solchen Klimaschutzplan hatte. Wir freuen uns natürlich darüber, dass dieses Konzept inzwischen auch in anderen Bereichen, in anderen Ländern angegangen wird.

Vielen Dank.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Steinbach.

Abg. Nico Steinbach, SPD:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, in welchen Sektoren liegen Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen, um in Rheinland-Pfalz die gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen?

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Steinbach, vielen Dank für die Frage. Ich glaube, es ist anhand der Zahlen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien zum Strombereich deutlich geworden, dass wir dort schon sehr gut vorangekommen sind.

Ein wichtiger Bereich, in dem noch sehr viel mehr zu tun sein wird, sind die privaten Haushalte im Wärmebereich. Deswegen hat sich die Koalition auch zur Wärmewende bekannt und wird mit entsprechenden Maßnahmen die Wärmewende ebenfalls im Land vorantreiben.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist der Verkehrsbereich. Wir stehen vor einer Umstellung unseres Verkehrs, unseres Mobilitätssystems. Es wird darauf ankommen, auch im Mobilitätsbereich zu klimaschonenderer Mobilität zu kommen. Da wird insbesondere die Elektromobilität auf allen Ebenen eine entscheidende Rolle spielen.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, welche schwächenden Auswirkungen auf den europäischen Immissionshandel sehen Sie durch den neuen Plan, und welche Anstrengungen der G 20 sind erforderlich, um diesen Plan zu erfüllen?

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wäschenbach, der Emissionshandel ist auch nur ein Instrument. Es ist – das müs-

sen wir feststellen – im Moment das Instrument des Klimaschutzes, das am wenigsten funktioniert, weil – Sie wissen es – die CO₂-Zertifikate so billig sind wie nie und deshalb ihre steuernde Funktion nicht wahrnehmen können.

Wir merken, dass die kommunalen, die Landes- und die Bundesinstrumente besser wirken bzw. besser wirken können. Wenn man zu einer Verbesserung kommen will, und das geht auch in Richtung Ihrer Frage, was auf G20-Ebene geschehen muss, kann das, wenn wir über den Emissionshandel reden, nur dadurch geschehen, dass man die entsprechenden Zertifikate so in den Handel bringt, dass sie auch eine preissteuernde Funktion haben. Das heißt, man muss sich Instrumente oder Mechanismen überlegen, dass diese CO₂-Zertifikate auch einen Preis haben, der einen Anreiz bietet, Klimaschutz zu betreiben.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Hartenfels.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, der Klimaschutzplan ist von vielen Akteuren der Zivilgesellschaft und von Verbänden, die diesen Diskussionsprozess begleitet haben, scharf kritisiert worden. Man konnte Aussagen lesen wie „Klimaschutzplan light“. Der WWF sieht mehr Schatten als Licht. Hubert Weiger vom BUND spricht von einem Dokument des Stillstands. Auch die vier großen Umweltverbände, Naturschutzverbände, WWF, BUND, NABU und Greenpeace haben in einem offenen Brief an die Kanzlerin massiv Kritik geübt.

Teilen Sie die Einschätzung dieser Zivilgruppen und Verbände, was den Klimaschutzplan 2050 betrifft? Wenn Sie diese Einschätzung teilen, inwiefern teilen Sie sie?

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Diese Einschätzung wundert uns im Einzelnen nicht, und zwar deshalb, weil die Beteiligten, auch die beteiligten Verbände, natürlich das, was in den Landesklimaschutzplänen steht, mit den Zielen vergleichen, die im Bundesklimaschutzplan stehen, und dabei feststellen, dass die Länder, die bereits Klimaschutzpläne haben, ambitionierter vorgehen und sich ambitioniertere Ziele setzen, als es die Bundesregierung tut.

Ich will den wichtigsten Kritikpunkt noch einmal aufgreifen, nämlich, dass nicht ausreichend und engagiert genug der Kohleausstieg vorangetrieben wird. Ja, das ist etwas, das wir für unzureichend halten. Wir müssen uns ohnehin klar werden, dass die Reichweite von Kohle begrenzt ist. Die letzte deutsche Steinkohlenzeche wird übernächstes Jahr schon schließen. Die Laufzeit des Braunkohletagebaus ist begrenzt.

Es ist eine ökonomische und klimapolitische Notwendigkeit, aus der Kohleverstromung auszusteigen, wie das die Koalition in ihrer Koalitionsvereinbarung auch festgehalten hat.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wäschenbach.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Herr Staatssekretär, stimmen Sie mir zu, dass wir mit den derzeitigen Instrumenten diese Ziele des Klimaschutzplans 2050 nicht erreichen und eine echte Innovationsrevolution brauchen, die heute kaum in Umrissen zu erkennen ist?

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wäschenbach. Ich habe meine Einschätzung zum Bundesklimaschutzplan 2050 schon kundgetan, dass ich glaube, dass er noch nachgearbeitet werden muss.

In der Tat stehen wir vor einer industriellen Revolution. So sehe ich das auch. Das wird insbesondere den Verkehrssektor, den Mobilitätssektor, erfassen. Wir tun gut daran, uns rechtzeitig darauf einzustellen und dafür zu arbeiten, weil es sonst am Ende auch zum Verlust von Wirtschaftskraft und Exportchancen führen würde, wenn wir das nicht tun.

Folgendes Beispiel dafür: China will jetzt beim Import von Pkw Vorgaben machen, dass eine Mindestquote an Elektrofahrzeugen in diesem Importmix enthalten sein muss. – Ich glaube, das unterlegt zusätzlich, dass wir uns auch in den Anstrengungen unserer Industrie darauf einzustellen haben, diese Revolution voranzutreiben, innovativ zu sein und sich ihr nicht zu verweigern.

Präsident Hendrik Hering:

Es liegen noch zwei Zusatzfragen vor. Danach betrachte ich die Anfrage als beantwortet. Zunächst Herr Abgeordneter Hartenfels.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. In der WELT erschien heute ein Artikel mit der Schlagzeile: „Sind Arbeitsplätze wichtiger als das Klima? Der CDU-Arbeitnehmerflügel will Jobsicherheit über den Umweltschutz stellen.“ So wird es dargestellt.

Deswegen meine Frage an Sie: Ist Klimaschutz ein Widerspruch zum Thema Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, oder ist es nicht vielmehr so, dass gerade die Umsetzung der Energiewende sicherstellen kann, dass wichtige Wirtschaftsbereiche der Bundesrepublik zukunftsfest und innovativ aufgestellt werden,

(Abg. Christine Schneider, CDU: Aber noch sind wir im rheinland-pfälzischen Landtag!)

gerade auch für ein Bundesland wie Rheinland-Pfalz, das ganz stark auch vom Export lebt?

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Ich will deutlich sagen, dass ich es für überlebensnotwendig halte, dass wir in diesem Bereich technologieführend bleiben, die Zukunftstechnologien selbst herstellen und exportieren und uns Ihnen nicht verweigern dürfen. Wenn das die Strategie wäre, wenn wir Klimaschutz nur als Kostenfaktor sehen und nicht als Möglichkeit, wirtschaftliches Wachstum zu generieren, wäre das die völlig falsche Sichtweise.

Präsident Hendrik Hering:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Sie haben beschrieben, dass Rheinland-Pfalz bereits ein Klimaschutzgesetz und einen Klimaschutzplan verabschiedet hat.

Meine Frage: Gibt es seitens der Landesregierung spezielle Programme oder auch Schulungshinweise für Kommunen oder Bürger beispielsweise im Bereich Dämmung, Beleuchtung und Heizung?

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ja, es gibt eine Vielzahl von Programmen und Programmbausteinen. Vielleicht darf ich als aktuelles Beispiel erwähnen, dass wir gerade in der vorletzten Woche Förderbescheide aus dem Förderprogramm der Umstellung der kommunalen Straßenbeleuchtung auf die LED-Beleuchtung ausgereicht haben. Davon wird insgesamt eine Vielzahl von Kommunen im Land profitieren.

Der Klimaschutzeffekt ist erheblich, weil die LED-Beleuchtung nur einen Bruchteil der Stromenergie benötigt, die die herkömmliche Straßenbeleuchtung benötigt, damit zu einer erheblichen CO₂-Einsparung beitragen wird und zudem für die Kommunen auch noch kostensparend ist, weil natürlich erheblich geringere Strombezugskosten anfallen.

Präsident Hendrik Hering:

Es liegen keine Zusatzfragen vor.

(Zuruf aus dem Hause)

– Ich hatte es beendet. Ich betrachte die Anfrage als beantwortet. Das hatte ich Ihnen mitgeteilt. Das ist mein Ermessen. Die Anfrage ist beantwortet. Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es liegen keine Anträge auf Aussprache vor.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

Wirtschafts- und Standortfaktor Tourismus in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1557 –

dazu:

Tourismus als wichtigen Wirtschafts- und Standortfaktor in Rheinland-Pfalz weiter stärken

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/1607 –

Es spricht Herr Abgeordneter Winter für die SPD-Fraktion.

Abg. Fredi Winter, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Koalitionsvertrag der drei Regierungsparteien zitieren:

(Abg. Martin Haller, SPD: Immer gut!)

„Der Tourismus ist für Rheinland-Pfalz ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Reichtums des Landes, der Natur, der Landschaften und Kulturstätten sind deshalb von zentraler Bedeutung.“

(Vizepräsidentin Barbara
Schleicher-Rothmund übernimmt den
Vorsitz)

Genau diesem Ziel dient der heutige Antrag der drei Fraktionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer gedacht hätte, dass es nach der Bundesgartenschau 2011 in Koblenz mit ihren höchsten Gäste- und Übernachtungszahlen noch Steigerungsmöglichkeiten gäbe, wäre belächelt worden. So können wir heute mit einer ganzen Portion Stolz feststellen, dass sich diese Zahlen kontinuierlich tatsächlich jährlich erhöht haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Sehr gut!)

Ich glaube, es ist heute gestattet, diese Erfolgsstory mit ein paar Zahlen zu belegen. 9 Millionen Übernachtungsgäste im jährlichen Schnitt, 2015 hierbei erstmals die 25-Millionen-Grenze an Übernachtungen überschritten, 166 Millionen Tagesgäste: Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Auch die aktuellen Gäste- und Übernachtungszahlen für den Monat September zeigen gegenüber dem Vorjahr wieder deutliche Steigerungen.

Dies ist sicherlich auch der Umsetzung der Tourismusstrategie 2015 zu verdanken. Wie heißt es aber doch so schön, ohne dass ich den Verfasser genau benennen kann: Stillstand ist Rückschritt.

Mit unserem gemeinsamen Antrag geht es um den Erhalt, die Weiterentwicklung und das Erlebarmachen der rheinland-pfälzischen einzigartigen touristischen Möglichkeiten. Das Ergebnis soll die Tourismusstrategie 2025 sein.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei, dass die bisher so erfolgreichen Partner Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Tourismus- und Heilbäderverband, DEHOGA und IHK ihre Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium fortsetzen.

Ausdrücklich darf ich ergänzen, dass auch weitere Akteure im Prozess eingebunden werden sollten. Dies soll auch für den Landtag mit seinen tourismuspolitischen Experten gelten.

In unserem Antrag finden Sie in sechs Punkten aufgeteilt die Forderungen, die mit der Zielsetzung des Antrages verbunden sind. Beim 16. Tourismustag Rheinland-Pfalz in der vergangenen Woche wurde noch einmal ganz deutlich, wie wichtig bei allen Vorhaben eine gute Zusammenarbeit ist. Tourismus ist eine gemeinsame Aufgabe.

Der DEHOGA und der Rheinland-Pfalz Tourismus- und Heilbäderverband haben in Schriftform und persönlichen Gesprächen Erwartungen an den Landtag in Sachen Tourismus formuliert. Deren Anregungen gilt es, in die Arbeit der Strategieerstellung mit aufzunehmen. Wichtig war es den Genannten hierbei, dass die Zahl der Akteure, die an der Strategie mitarbeiten, ausgeweitet wird.

Ein klares Bekenntnis zur BUGA 31 im Mittelrheintal wurde ausgesprochen,

(Abg. Martin Haller, SPD: Jawohl, sehr gut!)

und Strukturverbesserungen wurden vorgeschlagen.

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der SPD: Guter Beitrag! Sehr
gut, Fredi!)

Erlauben Sie mir, noch ein paar Themenstichpunkte zu benennen, die in der Bearbeitung des Antrags mit berücksichtigt werden sollten. Weinbau und Tourismus müssen sich noch mehr miteinander verzahnen. Der Tourismus muss noch deutlicher als Standortfaktor herausgearbeitet werden. Die Wirtschaft braucht auch Hotels.

Die Nachfolgeproblematik bleibt vordringlich und aktuell. Hier müssen Anreize geschaffen werden.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Ich glaube, wir müssen deutlich machen, dass es wichtiger ist, auch künftig auf vorhandene Qualität, Service und Zertifizierung zu setzen, und nicht immer wieder neue Häuser entstehen zu lassen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Richtig! Gut, Fredi!)

Was diese Kriterien angeht, sind wir allerdings in Rheinland-Pfalz bereits sehr gut aufgestellt. Wir haben erkannt, und dies ist wichtig bei der Weiterentwicklung unserer Strategie, dass wir mit Wandern, Wein, Radfahren, Natur und Kultur auf die Schwerpunkte gesetzt haben, die

auch in Zukunft erfolgreichen Tourismus ermöglichen.

Wir müssen uns aber auch den Sorgen und Nöten der Branche widmen. Hier nenne ich beispielhaft die Problematik, die sich bei der Anwendung des Arbeitszeitgesetzes ergibt. Jahresarbeitszeit, Definition des Saisonbetriebs und eine einheitliche Bundesregelung sind das Ziel.

Rheinland-Pfalz hat durch entsprechende Bewilligungsanträge an die SGD zur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit während der Saison im Hotel- und Gaststättengewerbe einen akzeptablen Weg eingeschlagen. Aber wie erwähnt: Hier brauchen wir über den Bundesrat eine bundeseinheitliche Regelung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam den Wirtschafts- und Standortfaktor Tourismus in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln. Sorgen wir dafür, dass über 150.000 Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz erhalten bleiben und ausgebaut werden. Bedenken wir auch, dass durch den Tourismus ein hohes Steueraufkommen generiert wird.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und darf Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im zuständigen Wirtschaftsausschuss, wo wir auch gerne die Intentionen, die im Alternativantrag der CDU aufgeführt sind, mit einbeziehen möchten.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Sehr gut, Fredi!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich als Gäste auf der Zuschauertribüne Schülerinnen und Schüler der zwölften Jahrgangsstufe des Sophie-Hedwig-Gymnasiums Diez und Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Germersheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Demuth.

Abg. Ellen Demuth, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Winter, ja, der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz. In der Tat arbeiten 150.000 Menschen in diesem wichtigen Wirtschaftszweig bei uns.

Jedoch fehlt es ihm – und das nicht nur in Rheinland-Pfalz, auch deutschlandweit – immer noch an der gesellschaftlichen Anerkennung. Die Löhne sind niedrig. Die Arbeitszeiten sind oft lang, frühmorgens, spätabends, an den Wochenenden und Feiertagen.

Der Fachkräftemangel – das überrascht uns alle nicht – ist

deshalb gerade im Tourismus- und Gastgewerbe besonders hoch.

(Beifall bei der CDU)

Mehrheitlich ist der Tourismus Länderaufgabe. Deshalb ist es an uns, heute darüber zu sprechen, wie wir die Rahmenbedingungen in Zukunft so gestalten können, dass sich der Tourismus in Rheinland-Pfalz positiv entwickelt.

Herr Winter, es tut mir furchtbar leid, daher muss ich jetzt ein bisschen Wasser in den von Ihnen so schön dargestellten Wein gießen.

Ja, die Zahlen haben sich in den vergangenen Jahren gut oder positiv entwickelt. Schauen wir uns jedoch den Ländervergleich in den letzten zehn Jahren an, ergibt sich ein deutliches Bild.

In Deutschland ist der Tourismus in den letzten zehn Jahren um 38 % gewachsen, in den Flächenländern um 35 %, bei uns in Rheinland-Pfalz im gleichen Zehnjahreszeitraum jedoch nur um 11 %. Gleiches gilt bei den Übernachtungszahlen.

In Deutschland sind die Übernachtungszahlen in den letzten zehn Jahren um 27 % gewachsen, in den Flächenländern um 21 %, bei uns in Rheinland-Pfalz jedoch nur um 9 %. Auch hier liegen wir im Deutschlandvergleich weit, weit hinter den anderen Ländern zurück.

Also wir sollten lieber dringend die bereits Ende des Jahres 2015 – und das ist bezeichnend – abgelaufene Tourismusstrategie überarbeiten und neu ausrichten, als uns hier auf die Schulter zu klopfen und mit einer Portion Stolz, lieber Herr Winter, über die Tourismusentwicklung zu sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Was sollten wir tun? Ich komme zu den Maßnahmen. Besonders im Bereich Qualitätssicherung und -steigerung in den Hotels und Gaststätten bedarf es dringend passender Fördermöglichkeiten. Der Sanierungsstau hier ist enorm. Nachfolgeproblematiken spitzen sich immer mehr zu. Das Gaststättengewerbe ist von so vielen Schließungen erfüllt wie noch nie zuvor. 60 % der 8.100 Gaststätten von 13.500 Hotels und Gaststätten stehen in den nächsten fünf bis acht Jahren vor der Unternehmensnachfolge.

Meine Damen und Herren, leisten wir hier keine Unterstützung, wird diese Herausforderung für die Hotels und Gaststätten zu unüberwindbaren Gräben, und diese Probleme sind hausgemacht.

In den letzten Jahren hat die rot-grüne Landesregierung sämtliche einzelbetrieblichen Beratungs- und Investitionsprogramme mit Landesmitteln systematisch gestrichen. Stattdessen setzen wir hier auf Förderprogramme wie LEADER und EFRE der EU und Bundesförderprogramme wie die GRW. Diese sind für viele kleine Betriebe in Rheinland-Pfalz jedoch viel zu aufwendig und oftmals an nicht erfüllbare Kriterien gekoppelt. Finanzielle Fördermöglichkeiten sind wegen dem fehlenden Eigenkapital besonders der Kleinbetriebe jedoch dringend vonnöten. Oft würden schon Förderbeträge von 50.000 Euro ausreichen, um

Kredite für die Unternehmen zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss es an der Stelle auch noch einmal sagen, weil es sich um ein großes Infrastrukturprojekt im touristischen Bereich gehandelt hat. Am Nürburgring haben wir knapp 500 Millionen Euro ausgegeben. Hätten wir kleine Betriebe mit Fördersummen wie den von mir genannten 50.000 Euro damit unterstützt, hätten wir 10.000 kleine touristische Betriebe in Rheinland-Pfalz mit dieser Summe unterstützen können.

(Beifall der CDU)

Konkret regen wir folgende Fördermaßnahmen an:

1. effektive Existenzgründerprogramme,
2. einzelbetriebliche Fördergelder für Beratung und Investitionen insbesondere bei Betriebsübergaben,
3. Stichtagsübergaberegulungen mit sinnvollen Zeitkorridoren für Konzessionen und Betriebsübergaben im Gaststättengewerbe und die Weiterentwicklung der Bäderlandschaft.

Meine Damen und Herren, wir stehen kurz vor den aktuellen Haushaltsberatungen, und deshalb nenne ich diese Sofortmaßnahme. Die Wiederbelebung des Bäderansatzes im Wirtschaftsministerium wäre dringend vonnöten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Seit 2011 gibt es in diesem Bereich nur noch Restmittel. Wollen wir die Heilbäder und Kurorte stärken, wäre hier eine Wiederbelebung mit dem ehemaligen Betrag von 250.000 Euro dringend vonnöten.

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend wird in der neuen Tourismusstrategie die Neuausrichtung der Organisationsstrukturen und Vermarktungsstrukturen sein; denn diese sind bei uns viel zu kleinteilig. Viele Regionen vermarkten sich in kleinteiligen unüberschaubaren Strukturen. Es wird darum gehen, sich gemeinsam zu professionalisieren.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich möchte schließen mit der Feststellung, dass wir Deutschen bei aller Kritik Deutschland immer noch als unser allerliebstes Reiseziel betrachten. Wir sollten also gemeinsam daran arbeiten, dass Rheinland-Pfalz in des Deutschen liebstem Reiseziel zur liebsten Zielregion wird.

Ich freue mich auf die Gespräche im Ausschuss.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmidt.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Frau Präsidentin, werte Kollegen, liebe Gäste! Dass in Rheinland-Pfalz die Anzahl der Übernachtungsgäste 2016

erneut leicht steigen konnte, ist erfreulich, ebenso die stetige Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre.

Nun kann man diese vergleichsweise positive Bilanz zum Anlass nehmen, sich mit Blick auf die Öffentlichkeit gegenseitig auf die Schultern zu klopfen. Das wird die Ampel heute fraglos zur Genüge tun, hat sie schon getan. Das ist auch der Sinn dieses Antrags.

(Beifall der AfD)

Oder man stellt Fragen, die zeigen, dass die Zahlen beim genaueren Blick gar nicht so gut sind, wie sie beim ersten Anschein aussehen. Dieser Part ist naturgemäß jener der Opposition, und ich nehme ihn für die Alternative für Deutschland gern an.

Tatsächlich besteht nämlich keinerlei Anlass, sich auf vermeintlichen Lorbeeren auszuruhen. Stattdessen gibt es eine Menge Gründe für die Auffassung, dass Rheinland-Pfalz sein enormes touristisches Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft hat. Obendrein besteht der Verdacht, dass nicht genügend für längerfristige Sicherstellung guter Übernachtungs- und Gästezahlen getan wird. Fangen wir mit Letzterem an.

Aus Sicht der AfD-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, warum in der Tourismusstrategie 2025 als bisherige Schwerpunkte die Bereiche Wandern, Wein, Radfahren, Natur, Kultur und Kulinarik, Qualitätsentwicklung und Barrierefreiheit ausgewiesen sind, nicht aber eine stärkere Angebotsausrichtung auf Familien, Jugendliche und Kinder.

(Abg. Martin Haller, SPD: Senioren!)

– Auch das.

Das erstaunt uns doch sehr. Haben die Verantwortlichen hier etwa nicht verstanden, dass es zwar immer noch einen quantitativ respektablen Wandertourismus gerade in meiner Herkunftsregion Südpfalz gibt? Dieser ist aber fast vollständig auf die Generation über 40 beschränkt. Was passiert, wenn die vielen Senioren nicht mehr wandern können? Wer nutzt dann noch die zahllosen schönen Wanderwege und die wundervollen Hütten beispielsweise des Pfälzerwald-Vereins? In puncto touristischer Zukunftssicherung durch eine stärker gezielte Angebotsausrichtung auf Familien, Jugendliche und Kinder muss dringend nachgebessert werden.

(Beifall der AfD)

Aber nicht nur dort. Seit rund drei Jahrzehnten lässt sich der Trend erkennen, dass die Gästezahlen steigen, während die Übernachtungszahlen 2015 auf dem ähnlichen Niveau sind, wie sie bereits 1991 waren. Es gibt also eine immer kürzere Verweildauer. Diesem Tatbestand muss konzeptionell wirkungsvoll entgegengewirkt werden.

Die Rahmenbedingungen des Tourismus in Deutschland allgemein sind für die nächsten Jahre eigentlich recht gut: Stichwort wachsende Gefahren durch politische Instabilität, Kriminalität und Terrorismus in klassischen außereuropäischen Reisegebieten. Das veranlasst immer mehr

Menschen hier im Land, ihren Urlaub im eigenen Land anzutreten. Doch die Landesregierung in Mainz droht, dieses unserem Bundesland buchstäblich winkende Kapital durch fahrlässige landschaftszerstörende Energiepolitik zu gefährden.

(Beifall der AfD)

Noch – ich bitte um Aufmerksamkeit – können wir

(Heiterkeit im Hause)

die drohenden Folgen der immer weiter gehenden Verspargelung unserer Heimat vor allem an den sich häufenden Unmutsäußerungen aus der Bevölkerung messen. Doch schon bald werden auch statistische Zahlen belegen, welche außerordentlich negativen Folgen diese Verstöße gegen das im Baurecht festgeschriebene Verunstaltungsverbot haben.

(Beifall der AfD)

Aus Brandenburg/Vorpommern sind bereits erste Umfrageergebnisse vorhanden,

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

die zeigen, dass sich 7,7 % der Urlauber an Windkraftanlagen stören.

In der CenTouris-Umfrage der Universität Passau von 2012, also zu einer Zeit, zu der es noch wesentlich weniger Windkraftanlagen gab, stimmten 26 % der Aussage zu – ich zitiere –: Wenn sich Windenergieanlagen an Aussichtspunkten oder entlang von Rad- und Wanderwegen befinden, würde ein Urlaubsaufenthalt für mich in dieser Urlaubsregion nicht infrage kommen. –

(Beifall der AfD)

Gute Politik bedeutet vorausschauendes Handeln unter Erkennung und Abwägung von Risiken und Chancen. Dies gilt selbstverständlich auch für den Tourismusbereich. So möchte ich meine Ausführungen im Namen der AfD mit einem konkreten Appell an die Landesregierung schließen.

Setzen Sie bei der Suche nach neuen Besuchergruppen besser nicht so sehr auf die chinesische Karte. Die hat sich schon bei der Flughafen-Hahn-Geschichte nicht bewährt

(Zurufe von der SPD – Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Herr Kollege Schmidt hat das Wort.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Das wäre weder ideell nachvollziehbar, noch wäre es ein tragfähiges Zukunftskonzept. Weitaus realistischer erscheint demgegenüber die Nutzung des absehbaren Kaltstart-Impulses im Gefolge der Präsidentschaft Donald Trumps.

(Glocke der Präsidentin)

Sieht man sich die Entwicklung ausländischer Besuchergruppen in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Jahre 2005 und 2015 an, so lässt sich im auffälligen Kontrast zu den sonstigen positiven Zahlen ein deutlicher Rückgang aus englischsprachigen Herkunftsländern feststellen: USA minus 15,2 %, Großbritannien minus 8,6 % und Australien/Ozeanien

(Glocke der Präsidentin)

– ich komme zum Schluss – minus 46,9 %.

(Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

– Ich komme zum Schluss.

Vor allem hinsichtlich – – –

(Heiterkeit bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Sie haben Ihre Redezeit jetzt schon um 40 Sekunden überschritten.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

So regen wir an, eine Themenstraße einzurichten.

(Unruhe im Hause)

– Seien Sie bitte ruhig.

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Herr Schmidt, bitte.

(Unruhe im Hause)

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Ich muss meinen Schlusssatz wenigstens noch vorbringen können.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Nein. Sie müssen Ihre Zeit so kalkulieren, dass Sie innerhalb der vorgegebenen sechs Minuten sprechen.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

So regen wir eine Themenstraße auf den Spuren deutscher Auswanderer speziell nach Nordamerika an.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Wink.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe im Hause)

Ich glaube, ich habe das Wort jetzt hier.

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Wink hat das Wort.

Abg. Steven Wink, FDP:

Wir alle sind viel unterwegs, und wir alle sprechen mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden, Entscheidungsträgern und besuchen viele Veranstaltungen. Nicht nur selten finden diese in Hotels, Gaststätten statt, und das zeigt, wie breit das Angebot in Rheinland-Pfalz ist. Da eben diese Angebote aber natürlich nicht nur von den Veranstaltungen leben können, die beruflich orientiert sind, stehen unsere Gaststätten, Restaurants und Freizeitanlagen in einem Wettbewerb mit vielen anderen Regionen nicht nur in Deutschland.

Auf dem Tourismustag in Bad Neuenahr-Ahrweiler konnte man wieder sehen, wie versiert und fokussiert die rheinland-pfälzischen Tourismustreibenden arbeiten. Sie sind die Aushängeschilder unseres Bundeslandes. Wer sich bei ihnen wohlfühlt, behält Rheinland-Pfalz in guter Erinnerung, kommt wieder und empfiehlt uns weiter.

Der Tourismus in Rheinland-Pfalz ist für das Land von entscheidender Bedeutung, insbesondere für ländlich geprägte strukturschwache oder grenznahe Regionen. Zahlreiche Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz sind vom Tourismus abhängig. Damit ist der Tourismus einer der wichtigen Arbeitgeber im Land.

Für den Tourismus bestehen exzellente Voraussetzungen. Die besonders günstige Lage des Landes mit seinen abwechslungsreichen und vielfältigen Landschaften im Herzen Europas und der Trend zu kürzeren Reisen macht unser Rheinland-Pfalz zu einer interessanten Tourismusregion. Daher ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir auch diesem Sektor die besten Rahmenbedingungen schaffen wollen. Der hier zu beratende Antrag schafft die ersten Voraussetzungen hierfür.

Die touristisch relevanten Wasserwanderwege, Fernradwege, Reitwanderwege wollen wir weiter ausbauen und vernetzen und auch den nachhaltigen Tourismus fortentwickeln.

Auch für die Familien wird etwas getan. Wenn ich an das Dahner Felsenland denke, dann gibt es dort einen Sagenweg, außerdem einen Hans-Trapp-Weg. Man kann hier überall langgehen. Das machen wir alles.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Joachim Paul, AfD: Ist das nicht schon
völkisch? Das hört sich völkisch an! –
Weitere Zurufe im Hause)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Herr Wink, Sie haben das Wort.

Abg. Steven Wink, FDP:

Kommen Sie einmal auf die Burg Berwartstein. Dort werden Sie über den Hans Trapp belehrt, was damals so alles passiert ist.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Aber auch die Städte mit ihren mannigfaltigen Sehenswürdigkeiten und Ausflugszielen müssen weiter im Fokus unserer Tourismuspolitik bleiben, eine Branche mit besonderem Potenzial.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Die Weinbauregionen unseres Landes mit ihren weltberühmten Steillagen, ebenso die begehrten Direktzuganlagen und natürlich auch der Geschmack prägen den spezifischen Charakter der einzelnen Kulturlandschaften an Ahr, Mosel, Mittelrhein, Nahe, Rheinhessen und der Pfalz.

(Beifall der FDP und bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso sind es die Wälder, Burgen, Schlösser und hügeligen Landschaften, die wir schützen müssen, um die Natur als Beweggrund einer Reise nach Rheinland-Pfalz zu schützen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Die FDP macht sich!)

– Jetzt hören Sie doch einfach einmal zu. Das ist doch furchtbar.

So schön die Landschaft und so erholsam die Umgebung auch ist, ohne WLAN wird bereits heute ein Familienurlaub etwas kniffliger. Daher ist es auch für die Branche von hoher Wichtigkeit, dass die Landesregierung weiterhin den Breitbandausbau vorantreibt.

In unserem Antrag sehen wir die Landespolitik als Partner der Tourismustreibenden. Wir möchten niemandem vorschreiben, wie er sein Gewerbe zu führen hat, sondern wir möchten die Möglichkeit bieten, den Wettbewerb gegen andere Regionen weiterhin erfolgreich bestreiten zu können. Deswegen unterstützen wir auch die Diskussion mit allen zusammen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schon der Titel unseres Antrags zeigt, worum es uns geht, wenn wir heute Tourismus in Rheinland-Pfalz thematisieren, nämlich als Wirtschaftsfaktor und Standortfaktor, und zwar als einen der wichtigsten Wirtschaftszweige für unser Bundesland.

Ja, wir leben in einem Bundesland, in dem andere Urlaub machen. Unser Land ist vielfältig und bietet für fast jeden etwas: Eifel, Mosel, Saar, der Hunsrück, das Ahrtal, das Lahntal, die Nahe, die Pfalz, Rheinhessen

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

und natürlich das Rheintal, das schon seit dem 19. Jahrhundert beliebtes Reiseziel auch bei ausländischen Touristen war.

Reicht es allerdings im 19. Jahrhundert noch, die romantischen Burgen am Rhein praktisch da sein zu lassen, haben sich die Vorlieben und die Ansprüche im Laufe der Zeit geändert. Radfahren ist angesagt, aber ein kleines Dreieckzelt als Schlafstätte wie noch in den 50er- und 60er-Jahren gehört nicht mehr zum Standard. Wandern im Dahner Felsenland oder auf den verschiedenen Steigen erfreut sich großer Beliebtheit. Aber auch dort möchte der Gast ein gutes Hotelbett genießen. Das ist ein Teil der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

In den letzten 15 Jahren war die Konkurrenz in Rheinland-Pfalz nicht mehr unbedingt beispielsweise zwischen Ahr und Pfalz, sondern zwischen dem Ferienland Rheinland-Pfalz und Mallorca oder anderen Zielen. Ich glaube, es macht eine Stärke unserer Tourismusstrategie aus, dass die Akteure das auch verstanden haben.

Es wurde gesagt, der innerdeutsche Urlaub nimmt einen Aufschwung. Allerdings haben mich in letzter Zeit auch schon besorgte Anrufe von Freunden aus dem Ausland erreicht, weil sie meinen, eine wachsende fremdenfeindliche Stimmung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland zu beobachten.

Ein besonderes Highlight unseres Bundeslandes ist sicher der Nationalpark Hunsrück-Hochwald. Ich würde mir nach wie vor wünschen, dass auch die Opposition ohne Wenn und Aber endlich dazu steht. Schauen Sie einmal zu den Kollegen aus Baden-Württemberg. Dort gibt es einen Konsens über alle Parteien hinweg zu dem auch noch jungen Nationalpark und kein Gezeter um jeden Euro.

(Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bayern diskutiert man über einen dritten Nationalpark. Das sollte Ihnen zu denken geben. Jährlich 50 Millionen Besucher gibt es in deutschen Nationalparks. Im ersten

Jahr hat unser Nationalpark, der so gesehen noch im Werden ist, ebenfalls bereits viele Buchungen gehabt.

Die Kreativität, etwas Neues auszuprobieren, beispielsweise auch Gemeinden zu unterstützen, liegt Rheinland-Pfalz sehr am Herzen. Ich verweise da auf die Hängeseilbrücke in Mörsdorf, die hier auch erst einmal sehr belächelt worden ist. Sie ist damals mit 700.000 Euro vom Land unterstützt worden und hat im ersten Jahr eine Zahl von 340.000 Besuchern erreicht. Damit liegt sie im Moment in der Beliebtheitsskala vor dem Speyerer Dom. Kommen Sie einmal in den Hunsrück. Da gibt es auch viel zu sehen.

Stillstand ist Rückschritt. Das hat der Kollege Winter gesagt. Vielen Dank für diesen engagierten Einstieg, Herr Kollege.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Stillstand ist Rückschritt. Das gilt auch für den umkämpften Markt der touristischen Angebote. Heutzutage ist es beispielsweise für Hoteliers eine wichtige Entscheidung, was sie anbieten wollen: Familienhotel, Radwanderhotel, spezielle Wellnessangebote, ein gutes Management. Natürlich geht heute auch ohne die Liebe zum Beruf nichts mehr.

Auf dem Tourismustag 2016 in der vergangenen Woche in Bad Neuenahr konnte ich wieder einmal in zahlreichen Gesprächen feststellen, dass das Tourismusgewerbe in Rheinland-Pfalz außerordentlich leistungsfähig ist. Es ist immer wieder sehr kreativ und vor allen Dingen sehr gastfreundlich und im besten Sinne des Wortes heimatverbunden.

Regionale Angebote haben Konjunktur, aber eben in guter Kooperation. Da hat sich wirklich in den letzten zehn Jahren etwas entwickelt.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus meiner Regionen nennen, was vor ein paar Jahren völlig unmöglich gewesen wäre. Wir haben im Dezember immer den Weihnachtsmarkt in Bernkastel-Kues. Es gibt ihn seit 39 Jahren. Seit sechs Jahren haben wir auch einen Weihnachtsmarkt in Traben-Trarbach, ein paar Kilometer weiter unten.

(Zuruf von der SPD: Unterirdisch!)

– Ein unterirdischer Weihnachtsmarkt. Es gibt nun seit zwei Jahren eine Kooperation zwischen den beiden Orten und einen kostenlosen Shuttle, sodass Besucher beide Weihnachtsmärkte besuchen können. Das in den Konkurrenzstädten zwischen Bernkastel-Kues und Traben-Trarbach ist ein Fortschritt. Das ist aber auch die richtige Herangehensweise.

(Glocke der Präsidentin)

Im Koalitionsvertrag ist verabredet, dass die Tourismusstrategie 2015 weiterentwickelt werden soll. Mit unserem Antrag möchten wir einen Aufschlag machen. Wir möchten es begleiten und freuen uns auf weitere Diskussionen im Ausschuss.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Wissing.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Tourismus hat eine enorme Bedeutung für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Rheinland-Pfalz. Dieser Standort braucht Tourismus. Wir brauchen als Flächenland lebendige Strukturen in der Fläche. Unsere Hoteliers und Gastronomen in Rheinland-Pfalz sind hervorragende Gastgeber. Es ist ein Land der Weltoffenheit, der Toleranz und der Gastfreude. Schöner als in unseren atemberaubenden und unnachahmlichen Kulturlandschaften ist es nirgends. Wir sollten positiv über unser Bundesland sprechen. Deswegen finde ich dieses „Mimimi“ der Opposition wirklich nicht erfreulich.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Brandl, CDU: Alles super!
Genau!)

Ich sage das vorweg. Mir ist eben fast der Atem stehen geblieben, als ich von der AfD gehört habe, wir hätten keine Strategie, um auf die Familienfreundlichkeit unseres Landes Rheinland-Pfalz hinzuweisen. Wo kann man denn als Familie besser Urlaub machen als bei uns, Frage ich mich?

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo denn? In der Natur, Kulturdenkmäler, die Porta Nigra in Trier, der wunderbare Mittelrhein, die Burgen und Schlösser, die unglaubliche Kultur. Es ist das Land in Deutschland, in dem sich Preußen und Bayern zu einem einheitlichen Bundesland vereinigt haben,

(Staatsminister Roger Lewentz: Mehr oder weniger!)

in dem unterschiedliche Kulturen zusammengewachsen sind, das im Herzen Europas liegt. Sie müssen etwas positiver über unseres eigenes Land sprechen.

Frau Kollegin Demuth, ich war beim Tourismustag und habe den Geist und den Spirit erleben dürfen, wie die Touristiker in Rheinland-Pfalz zusammenarbeiten.

(Abg. Ellen Demuth, CDU: Ich war auch da!)

– Ich habe Sie dort gar nicht gesehen. Im nächsten Jahr lade ich Sie ein, kommen Sie dort einmal hin.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Ich muss schon sagen, es ist doch unglaublich, wenn Sie den Menschen, die dort mitarbeiten, sagen, sie sollen sich professionalisieren. Ich sage Ihnen, ich fand sie schon sehr professionell.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie sind trotz Ihnen nicht weniger erfolgreich!)

Deswegen sollte man den Menschen, die sich mit viel Leidenschaft einbringen – wenn Sie da waren, ist es doch schön – und sagen, wir wollen Rheinland-Pfalz bewerben, wir wollen positiv über dieses Land sprechen, wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem der attraktivsten Tourismusstandorte entwickeln, nicht Professionalität absprechen. Das haben sie nicht verdient, nicht diejenigen, die in der DEHOGA arbeiten, die sich zusammen Gedanken machen, wie wir daran mitarbeiten können, dass das gastronomische und touristische Angebot in Rheinland-Pfalz permanent weiterentwickelt wird. Diese Gedanken macht sich die Landesregierung, und ich freue mich über den Antrag, der heute vorgelegt worden ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Guter Antrag!)

Wir werden Ende Januar 2017 gemeinsam mit den Partnern der Tourismusstrategie Rheinland-Pfalz, der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, der DEHOGA, den Tourismus- und Heilbäderverbänden, den Industrie- und Handelskammern einen Prozess starten, um die Tourismusstrategie weiterzuentwickeln, weil Gutes noch besser werden soll.

Die Landesregierung nimmt 85.000 Euro Steuergelder in die Hand, um das zu unterstützen. Zu diesem Engagement, diesem Wir-Gefühl, das wir dort haben, muss ich schon sagen, das ist so vorbildlich, daraus kann man etwas machen. Ich bin sicher, dass es nicht überall in diesem Maß vorhanden ist.

Deswegen lade ich Sie alle ein, alle Kolleginnen und Kollegen im rheinland-pfälzischen Landtag, diese Dinge konstruktiv zu begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielfältige Anforderungen liegen vor uns, um eine zukünftige Tourismusstrategie zu entwickeln. Kultur, Natur, Landschaftsentwicklung, Gesundheitswesen, BUGA-Entwicklung, Kommunal- und Regionalentwicklung sind alles Elemente, die wir fest im Blick haben. Ich wäre nicht Wirtschaftsminister dieses Landes, wenn ich nicht auch noch einmal die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus ganz konkret und besonders betonen würde.

Die Zahlen kennen Sie. Absolut betrachtet ist der Tourismus mit all seinen Vorlauf- und Nachfolgeeffekten eine Leitbranche in unserem Land. Das Besondere am Tourismus ist, hier wird nicht nur Geld verdient, sondern auch Image nach außen und Lebensqualität nach innen produziert, was Gäste, aber auch uns Rheinland-Pfälzer gleichermaßen begeistert.

Mit unseren einzigartigen Landschaften, mit unserem Weinbau, unserem Nationalpark, dem Biosphärenreservat Pfälzerwald, sind wir gut und breit aufgestellt. Natürlich müssen wir uns permanent Gedanken darüber machen, wie wir vielleicht die Kommunikation noch bündeln können, ob wir es schaffen, eine gemeinsame Leitbotschaft zu finden, um noch einfacher den modernen Anforderungen an Kommunikation gerecht zu werden. All diese Gedanken machen wir uns gemeinsam.

Mein Haus unterstützt die Kommunen bei dieser freiwilligen Aufgabe, die sie auch vor Ort erfüllen, mit FAG- und EU-Mitteln.

Um im Wettbewerb der Destinationen gut aufgestellt zu bleiben, brauchen wir noch mehr Investitionen und einen gemeinsamen Marktauftritt, an dem wir arbeiten. Der Erfolg wird in Zukunft in hohem Maße von unseren Gastgebern abhängen. Hotel- und Gastgewerbe befinden sich in einem Prozess der Marktberichtigung. Sie brauchen Unterstützung. Fachkräftemangel, fehlende Nachfolger und Hürden bei der Betriebsübergabe sind Zukunftsthemen, denen wir uns stellen. Wir haben deswegen bei unserer Gründerallianz und unserer Fachkräftestrategie natürlich die besonderen Anforderungen auch des Hotel- und Gaststättengewerbes im Blick und wollen dort unseren Beitrag leisten, damit bürokratische Hürden aus dem Weg geräumt werden und die Nachfolgeregelungen so gut wie möglich vollzogen werden können.

Wir wollen auch dafür sorgen, dass nicht nur die Kirche in Rheinland-Pfalz im Dorf bleibt, sondern auch die Gastwirtschaft. Ich glaube, das ist das, was wir brauchen

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Martin Haller und Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Deswegen sind wir viel auch in der Fläche unterwegs, hören den Menschen zu. Ich würde mich freuen, wenn wir als rheinland-pfälzisches Parlament, als Landtag an einem Strang ziehen würden. Ich lade Sie alle ein, machen Sie Werbung für den Tourismusstandort Rheinland-Pfalz. Zeigen Sie so, wie es die Touristiker beim Tourismustag getan haben, Begeisterung für diesen Standort. Machen Sie Werbung für unseren Tourismusstandort. Ich betone es noch einmal: Nirgendwo ist es schöner als bei uns.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Bevor ich dem Kollegen Brandl von der CDU-Fraktion zu einer Kurzintervention das Wort erteile, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der Begriff „Unverschämtheit“ gefallen ist. Ich habe es nicht genau zuordnen können. Auch dieser Begriff steht auf der besagten Liste der unparlamentarischen Ausdrücke.

Herr Brandl, Sie haben das Wort.

Abg. Martin Brandl, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Herr Minister, ich glaube wir brauchen uns hier nicht darüber zu streiten, dass Rheinland-Pfalz ein schönes Land ist und es an dieser Stelle natürlich auch darum geht, eine positive Außenwirkung für die Attraktionen und die Anziehungspunkte in unserem Land zu finden.

Wenn wir uns darüber unterhalten – und uns im Übrigen darüber einig sind, dass wir die Diskussion im Ausschuss gemeinsam weiterführen wollen, wie wir den Tourismus in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln wollen –, dann geht es nicht nur ausschließlich um Gefühle und um Außenwahrnehmungen, sondern es geht auch um harte Fakten und Zahlen. Die sprechen Sie uns an der Stelle ab. Darauf gehen Sie nicht ein. Das ist letztendlich für jemanden wie Sie, der eigentlich ein Mann der Zahlen sein will, beschämend, Herr Minister. Das ist beschämend.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ich ärgere mich jetzt – deshalb habe ich die Kurzintervention beantragt –, weil es ganz klare Zahlen gibt. Rheinland-Pfalz ist im Ländervergleich deutlich hinter den anderen Bundesländern im Zehnjahresvergleich. Natürlich haben wir ein Wachstum. Herr Kollege Winter hat es gesagt. Wenn aber alle anderen Bundesländer deutlich stärker wachsen als wir, dann haben wir ein Problem in diesem wichtigen Sektor für Rheinland-Pfalz, Herr Minister.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ich sage es Ihnen ganz deutlich, dieser Auftritt von Ihnen, insbesondere am Anfang, als Sie die Opposition bei solch einem Thema einfach beschimpfen, ist vollkommen unangebracht.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Heute aber empfindlich, ein Taschentuch für ihn! – Zurufe von der SPD: Oh!)

Es geht um die Inhalte. Es geht darum, gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, und darum, diese Zahlen ehrlich zu bewerten und in ein Konzept einfließen zu lassen.

Herr Minister, das haben Sie mit keinem Wort getan.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Herrn Dr. Bollinger das Wort.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Immer muss die CDU auf die FDP schimpfen! – Zuruf der Abg. Ellen Demuth, CDU)

– Entschuldigung, es gibt hier ein Problem. Herr Brandl, Sie hatten uns signalisiert, dass Frau Demuth ihre Wortmeldung zurückzieht.

(Zuruf des Abg. Brandl, CDU)

– Doch, das hat er gemacht.

Entschuldigung, wenn uns das der Parlamentarische Geschäftsführer signalisiert, dann gehen wir davon aus, dass das mit Ihnen abgesprochen ist.

Herr Dr. Bollinger, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister! Ja, wir leben in einem herrlichen Land mit liebenswerten Menschen, mit tüchtigen Unternehmen auch im Bereich des Tourismus. Diese verdienen eine Tourismusstrategie, die ihrer würdig ist, und eine Landesregierung, bei der das auch der Fall ist. Die sind erfolgreich nicht wegen, sondern trotz Ihnen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Die Kurzintervention richtet sich an wen?)

Es scheint mir im Übrigen eine neue Strategie zu sein, die Kritik an der Regierung umzudeuten in Angriffe auf das Land Rheinland-Pfalz.

(Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Kurzintervention!)

Das ist vollkommen unangemessen.

(Beifall der AfD)

Wir helfen Ihnen natürlich trotzdem gerne in der Debatte im Ausschuss auf die Sprünge, damit wir endlich einmal etwas Ordentliches für die Menschen im Lande im Bereich Tourismus haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Herr Dr. Bollinger, Sie müssen auf den Minister eingehen. Sie haben sich bei der Rede des Ministers gemeldet.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Ich habe mich die ganze Zeit auf die Rede des Ministers bezogen.

(Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Das macht er jedes Mal so!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Sie sind jetzt gerade beim Ausschuss gelandet.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Frau Präsidentin, ich habe mich bei der Rede darauf bezogen, dass wir ihm im Ausschuss aushelfen möchten. Das war alles auf die Rede des Ministers bezogen, auch wenn die SPD-Fraktion das nicht begreift und dem nicht folgen kann.

(Zuruf der Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD)

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Ich
begreife das schon!)

– Nein, Sie begreifen das nicht.

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ich möchte Sie bitten, zur Ruhe zu kommen. Entsprechend der Würde des Hauses hören wir jetzt der nächsten Rednerin zu. Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Kollegin Demuth gemeldet. Sie haben noch eine Redezeit von einer Minute und 20 Sekunden.

(Zurufe von SPD und AfD)

Abg. Ellen Demuth, CDU:

Tourismus hat Potenzial. Da haben Sie vollkommen recht.

Ich muss ehrlich sagen, Herr Minister, bis zu Ihrem Auftritt fand ich das eine sehr sachliche und themenbezogene Debatte. Ihren Auftritt kann ich nicht nachvollziehen; denn zum einen war ich auf dem Tourismustag. Wären Sie vielleicht pünktlich gewesen und nicht über eine halbe Stunde zu spät, dann wären wir vielleicht noch ins persönliche Gespräch gekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich habe mich in meiner Rede bewusst nicht geäußert, wer von den Kollegen da war. Es sah dünn aus, ehrlich gesagt. Ich habe Freunde unter den Kollegen. Ich sage so etwas nicht über die anderen Kollegen, die nicht dort waren.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe der Abg. Christine Schneider, CDU
und Martin Haller, SPD)

Ich habe das eben auch nicht getan.

Herr Haller, wer war aus Ihrer Fraktion da?

(Zuruf von der SPD)

– Niemand.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist ja jetzt ein
starkes Stück! –
Zurufe von der SPD)

Deshalb wäre ich sehr für eine Versachlichung der Debatte.

Ich bin mit meiner Redezeit fast am Ende. Ich habe Förderinstrumente genannt, die meiner Meinung nach sehr wichtig sind, gerade für die Stärkung der kleinen und mittelständischen Betriebe. Ich wiederhole hier diese Förderungen, die dringend notwendig sind und die wir hier gefordert haben. Das waren sehr sachliche und in der Angelegenheit absolut korrekte Forderungen.

(Beifall der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: Wir halten fest, die
Kollgin Demuth war allein auf dem
Tourismustag!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Durch die verlängerte Redezeit der Landesregierung steht den Fraktionen jeweils noch eine Minute Redezeit zur Verfügung. Wir noch einmal das Wort gewünscht? – Herr Roth von der FDP-Fraktion hat das Wort.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Meine Damen und Herren! Frau Demuth, ich war auch auf dieser Veranstaltung gewesen. Ich habe die Euphorie an diesem Tourismustag mitgebracht bzw. mitbekommen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Haben Sie
die Euphorie dahin mitgebracht?)

– Die Euphorie war schon da gewesen. Als wir hingekommen sind, war diese Euphorie an diesem Tourismustag deutlich zu spüren.

Wir haben das vorhin gehört. Wir haben eine Steigerung von 9 %. Das wird weiter so gehen.

Ich möchte dazu sagen, wenn Sie dem Minister zugehört haben oder hätten, dann haben Sie auch die Euphorie gespürt, die er für unser Bundesland heute in dieser Stunde rübergebracht hat. Das ist eine Begeisterung, die mir hier im Haus teilweise bei den Aussagen der Kolleginnen und Kollegen absolut fehlt.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Wird Ausschussüberweisung beantragt, oder stimmen wir direkt ab?

(Abg. Martin Brandl, CDU:
Ausschussüberweisung!)

Es wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/1557 – an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Sicherstellung der Erdgasversorgung von
Verbrauchern und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz**

Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache [17/1555](#) –

dazu:

**Zur Sicherstellung unserer Energieversorgung
brauchen wir eine Gesamtstrategie, die auf einen
breiten Energiemix setzt**

Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/1608 –

(Beifall der AfD)

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Joa.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kollegen! Erdgas spielt eine wichtige Rolle für unsere Volkswirtschaft. Gerade Erdgas wurde von der Bundesregierung und von allen anderen Verantwortlichen stets als sauberer Energieträger betrachtet und entsprechend gefördert. Doch nun wurde von der Bundesregierung ein Kurswechsel vollzogen. Dieser ist dem Klimaschutzplan 2050 zu entnehmen, der uns im Entwurf vom September 2016 zugänglich war.

Um was geht es im Kern? Der Plan enthält das Ziel, aus dem Erdgas bis 2050 mit einer Zwischenstufe in 2030 auszusteuern. Die Landesregierung war in den vorbereitenden Gremien entsprechend vertreten und hat von diesem radikalen Plan Kenntnis. Dies ist unverantwortliche Politik, die Bürger und Unternehmen treffen und teuer zu stehen kommen wird.

Die Landesregierung hat im Interesse der Bürger die Verpflichtung, sich diesen Maßnahmen entgegenzustellen. Zwar gab es nach Protesten aus der Gaswirtschaft vor wenigen Tagen einige Korrekturen der Bundesregierung, doch die Grundrichtung steht. Die Grundrichtung ist falsch. Diese Grundrichtung ist für Rheinland-Pfalz schädlich.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Kein Beifall!)

Dies geschieht, während unser Land weiter mit Windräder verschandelt wird, die nicht dauerhaft speicherbaren Strom produzieren.

(Beifall der AfD)

Dies geschieht alles, während Bürger, Industrie und Gewerbe nur noch genervt sind von den ständigen Preissteigerungen der planwirtschaftlich organisierten Energiewende; dies alles während die Netzstabilität leidet, während Unsummen umverteilt werden, und zwar nicht von Reich zu Arm, sondern von Arm zu Reich.

(Beifall der AfD)

Sehr sozial. Sehr nachhaltig. Dies, liebe Landesregierung, wissen Sie auch ganz genau.

Darüber hinaus schadet die Windkraft Mensch und Natur. Vögel werden getötet, im Zweifel werden auch gerne ganze Wälder gerodet. Rot-grüner Umweltschutz wie er leibt und lebt.

(Beifall der AfD)

Die einzige Lösung, die man anzubieten hat, ist, die Abstandsflächen zu vergrößern. Ein Armutszeugnis. Das Schlimmste ist, diese Opfer führen noch nicht einmal zu einer sicheren, planbaren Stromversorgung, sondern dienen der rot-grünen Ideologie und der Erzeugung von teurem Zappelstrom.

Das Land Rheinland-Pfalz verfügt derzeit über einen einzigen Speicher größer als fünf Megawattstunden. Zwei weitere Speicher in bescheidenem Umfang sind in Planung. Selbst bei zügiger Umsetzung wird noch viel Zeit vergehen, bis diese mikroskopischen Speichermöglichkeiten in Betrieb gehen werden. Angesichts des massiven Ausbaus der Windkraft und PV wird aber das Land das 30- bis 100-Fache der heute verfügbaren Speicherkapazitäten benötigen.

Wie diese Größenordnung erreicht werden soll, ist unklar, und es wird wohl auch weiterhin unklar bleiben.

Zurück zur Frage, warum der beabsichtigte Ausstieg falsch ist. Erstmal ist Erdgas anders als Strom gut speicherbar. Es gibt in Deutschland Dutzende Kavernenspeicher für Erdgas, die Bedarfsschwankungen und Lieferengpässe ausgleichen können.

2. Rheinland-Pfalz verfügt über 2.400 Megawatt grundlastfähig gesicherte Erzeugungskapazität. Diese beruht fast gänzlich auf Gaskraftwerken. Eben diese Kraftwerke werden aber von der Landesregierung und den tragenden Parteien angeklagt und letztendlich faktisch verdammt.

3. Die naturgegebenen starken Leistungsschwankungen von Windkraft und PV sind teuer und gefährlich. Zum Ausgleich müssen die Netze ausgebaut werden. Gleichzeitig steigen die Netzkosten. Am Ende zahlt es wieder der Bürger.

4. Erdgas ist ein wichtiger Industrierohstoff und wird von den ansässigen Unternehmen zwingend benötigt. Nicht nur die Industrie ist auf Erdgas angewiesen, auch die Heizung vieler Bürger ist es. Erdgas ist in Rheinland-Pfalz der wichtigste Energieträger für die Gebäudeheizung.

5. Außenpolitik: Der AfD machen auch die außenpolitischen Implikationen des Klimaschutzprogramms 2050 Sorge. Deutschland bezieht sein Erdgas zu 90 % aus dem Ausland. Russland, Norwegen und die Niederlande sind die größten Herkunftsländer. Gerade Russland wird am Ende vor großen Problemen stehen.

Der AfD wurde im Landtag entgegengehalten, dass sie nur das EEG abschaffen wollte und die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern will. Dazu ist Folgendes anzumerken: Die AfD will eine gesicherte und bezahlbare Stromversorgung für Deutschland und für Rheinland-Pfalz.

Allein schon wegen der Pläne hinsichtlich des Erdgases sollte das Land Rheinland-Pfalz den Klimaschutzplan in seiner bisherigen Form ablehnen und so Verantwortung für die Bürger auch im langfristigen Zeithorizont übernehmen.

(Beifall der AfD)

Das Jahr 2030 ist nur noch knapp drei Legislaturperioden entfernt. Daher ersuchen wir die Landesregierung, den Klimaschutzplan 2050 kritisch zu prüfen, den Plan dem Landtag zur Prüfung und zur Stellungnahme vorzulegen und sich alsbald klar und deutlich gegen den Ausstieg aus dem Erdgas auszusprechen. Ansonsten schaden Sie dem

Land, den Unternehmen, und Sie schaden den Bürgern.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Steinbach das Wort.

Abg. Nico Steinbach, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion lässt hier wieder einmal keine Gelegenheit aus, um ihre Legendenbildung zum Klimaschutz und zur Energiewende zu propagieren.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Immerhin erkennt man daraus vielleicht die Zusammenhänge zu den Freudensprüngen über den Wahlerfolg des zukünftigen amerikanischen Präsidenten, welcher den Klimawandel als Schwindel bezeichnet.

Mit Schlagworten wie Eliminierung von Erdgas oder unbeschränkter Ausbau der Windenergie versuchen Sie Ihren Antrag und Ihre politischen Ansichten der ewig Gestrigen populistisch zu verkaufen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Beides ist falsch. Weder die Eliminierung von Erdgas noch ein unbeschränkter Ausbau der Windenergie sind die Folge des Klimaschutzplanes.

So hat die Landesregierung und haben die Koalitionsfraktionen ganz klar in der Ihnen bekannten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms neue Parameter für den Windkraftausbau geschaffen, welche die Kommunen in die verantwortungsvolle Position versetzen, den Ausbau der Erneuerbaren zu begleiten.

Auch die Interpretation der Dekarbonisierung, die zur Folge hätte, dass Erdgas völlig eliminiert würde, kann ich hier nicht stehen lassen. Wir begrüßen, dass das Bundeskabinett den Klimaschutzplan 2050 beschlossen hat und Deutschland damit, laut unserer Bundesumweltministerin Hendricks, weltweit weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt, auch wenn klar ist, dass der Klimaschutzplan der Bundesregierung nur die Leitplanken bis zum Jahr 2050 setzt; denn konkrete Gesetze müssen folgen, da führende Institute erneut den Zusammenhang zwischen Treibhausgasemissionen und dem Klimawandel bestätigen. Das Jahr 2016 wird voraussichtlich das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Der Klimaschutzplan kann somit nur als Grundlage für eine ambitionierte Klimapolitik gesehen werden.

Herausstellen kann man sicherlich, dass bei der Erstellung des Plans auf Transparenz und Beteiligung großen Wert gelegt wurde; denn es gab einen breit angelegten Beteiligungsprozess auf allen Ebenen. Beteiligt waren unter anderem die Bundesländer, die Kommunen, Verbände

sowie Bürgerinnen und Bürger in Dialogprozessen. Auch hier läuft Ihre Kritik ins Leere.

Bemerkenswert ist außerdem, dass mit dem Klimaschutzplan erstmals bis 2050 das Ziel der Klimaschutzneutralität gesetzt wurde. Dabei bringen konkret die einzelnen Sektoren ihre definierten Beiträge. Eine Berücksichtigung von branchenspezifischen Anforderungen und einer entsprechenden zeitlichen Degression für die Industrie ist dabei ein verantwortungsvoller Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, zugleich aber auch ein Ansporn für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft im Wettbewerb um eine starke Rolle im Weltmarkt.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei stehen für uns die Chancen einer regionalen Wertschöpfung und dezentrale attraktive Arbeitsplätze stets im besonderen Fokus. In Rheinland-Pfalz gibt es bereits seit 2014 ein Klimaschutzgesetz und ein -konzept. Damit wurden die Grundlagen für den Klimaschutz in Rheinland-Pfalz geschaffen; denn das Klimaschutzkonzept beinhaltet über 100 konkrete Maßnahmen für einen effektiven Klimaschutz.

Es wird dialogorientiert in regelmäßigen Abständen angepasst und weiterentwickelt und ist darüber hinaus das Ergebnis einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung. Damit zeigt die Landesregierung, dass sie einen besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit unseren Kommunen legt.

Rheinland-Pfalz wird auch in Zukunft im Sinne der Wirtschaft und der regionalen Entwicklungsmöglichkeiten den Klimaschutz weiter voranbringen. Beispielhaft können an dieser Stelle die aktuellen Fördermaßnahmen im Bereich Energiesparen und effiziente LED-Straßenbeleuchtung genannt werden.

(Beifall der SPD und bei FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Klimaveränderung ist eine extreme Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Unwetter, Hunger und andere Katastrophen hängen damit unmittelbar zusammen. Die Pariser Klimaschutzziele und ein weltweites koordiniertes und ziel führendes Netzwerk sind dafür unabdingbar.

Um eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz fortzuführen, darf sich die Energiewende allerdings nicht allein auf den Stromsektor beziehen. Auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel dem Wärmemarkt, dem Verkehr und der Landwirtschaft, muss eine Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und der Energieeffizienz weiter vorangetrieben werden, jedoch immer unter der Prämisse einer sicheren, ökologischen und preisgünstigen Versorgung unseres Landes mit Energie.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz setzt weiterhin mit einer großen Motivation die Klimaschutzziele und den Umstieg auf Erneuerbare um. Ihre Anträge vom heutigen Tag werden wir deswegen ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Joa das Wort.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrte Präsidentin, geehrte Kollegen! Der Vortrag gerade – ich fand ihn faszinierend. Sie haben es tatsächlich geschafft, auf keinen einzelnen Punkt wirklich inhaltlich einzugehen. Sie weichen aus, machen Blabla, aber Sie haben keine inhaltliche Kompetenz.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Ihr „Blabla“ ist kein parlamentarischer Ausdruck. Sie können sich gerne anders ausdrücken, aber nicht „Blabla“ zu einem Kollegen sagen.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Nur einmal als Beispiel: Erdgas als Rohstoff, siehe BASF. Dies wird nicht ersetzbar sein. Erdgas als sauberer Energieträger. Die Bundesregierung, auch die SPD, hat sich stets für Erdgas, gerade für die Gaskraftwerke als saubere Energieträger ausgesprochen. Das Problem ist nur, gerade diese Gaskraftwerke, die Basis für Ihre sogenannte Energiewende sein sollen, rentieren sich aktuell nicht mehr. Warum? Wegen des planwirtschaftlichen EEGs und dem Einspeisevorrang.

Die Kraftwerkskapazitäten in Rheinland-Pfalz reichen schon jetzt nicht aus. Zu was führt diese mangelnde Kapazität? Sie führt zu Stromimporten, teils auch aus dem Ausland, Braunkohle und Atomenergie, und Sie stellen sich hier hin und besitzen, ich will nicht sagen „die Frechheit“,

(Heiterkeit bei der AfD)

überhaupt nicht auf inhaltliche Argumente einzugehen. Ich bitte Sie, gehen Sie hierauf ein, nehmen Sie Stellung, weichen Sie nicht immer aus.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Noss, SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Erwiderung erteile ich Herrn Kollegen Steinbach das Wort.

Abg. Nico Steinbach, SPD:

Sehr geehrter Herr Joa! Erst einmal vielen Dank für die anerkennenden Worte für meinen Redebeitrag.

(Heiterkeit bei der AfD)

Wenn hier jemand eine inhaltslose Debatte führt, dann zitiere ich noch einmal die Schlagworte „unkontrollierter Ausbau“ und „Eliminierung von Gas“. Ich habe gesagt, beides ist falsch.

Im Klimakonzept sind konkrete Pfade abgezeichnet, die uns zu einer Klimaneutralität und auf dem Weg der Dekarbonisierung nach vorne bringen. Ich habe mit keinen Worten gesagt, dass es heute, morgen oder übermorgen Ziel der Landesregierung wäre, die Erdgasversorgung zu eliminieren.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Von daher, machen Sie sich ehrlich, und nutzen Sie nicht jede thematische Gelegenheit, gegen den Windkraftausbau oder sonstige Instrumente der Energiewende zu wettern.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Warum nicht?)

Hier hat sich die Landesregierung klar positioniert, und diese Position ist Folge eines tiefgründigen und konzeptvollen Plans.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Das geht nicht, Herr Joa. Das sieht die Geschäftsordnung nicht vor. Sie können auf eine Erwiderung nicht die Blaue Karte ziehen. Das geht nur auf einen Redebeitrag.

Herr Kollege Wäschenbach von der CDU-Fraktion hat das Wort.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wiederhole bewusst den Eingangssatz aus meiner Rede vom 6. Oktober in diesem Hause:

(Abg. Martin Haller, SPD: Der ist historisch!)

Die CDU in Rheinland-Pfalz steht für die Energiewende in Deutschland. Diese muss allerdings mit Maß und Ziel und volkswirtschaftlich vertretbar in allen Energiesektoren Strom, Wärme und Mobilität umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Grünen haben es allerdings bis heute nicht verstanden, dass die Energiewende nicht durchgepeitscht werden kann und zwei grundlastfähige Stromerzeugungen parallel abgeschafft werden können. Erstens: die Atomkraft. – Ich denke, hier sind wir uns alle einig. Zweitens: die Kohlekraftwerke. – Herr Staatssekretär Griese, anders als Sie

denken, brauchen wir, so wie es die SPD in Nordrhein-Westfalen richtig erkannt hat, größere Übergangsfristen, damit es nicht kalt wird in Deutschland, oder wollen Sie lieber Atomstrom importieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen bei den Grünen und der SPD?

Zum AfD-Antrag: Die Überschrift „Sicherstellung der Erdgasversorgung“ ist sicherlich ein Ziel, dem wir uns hier im Hause alle anschließen, aber – deshalb können wir Ihrem Antrag überhaupt nicht zustimmen – Sie wollen dies mit der Unterbindung der Zustimmung zum Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung erreichen. Allein formal ist das falsch, weil sich in der Begründung Ihres Antrags auf einen Entwurf des Klimaschutzplans aus dem September dieses Jahres bezogen wird, aber erst vor drei Tagen, am 14. November 2016, hat das Bundeskabinett im Umlaufverfahren den von Bundesministerin Barbara Hendricks vorgelegten Klimaschutzplan 2050 beschlossen.

Es ist das erste Regierungsdokument, das den Weg in ein weitgehend treibhausgasneutrales Deutschland im Jahr 2050 aufzeigt. Der Plan enthält erstmals Klimaziele für einzelne Wirtschaftszweige und gibt so eine konkrete Orientierung für wichtige strategische Entscheidungen in den nächsten Jahren.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Was ist daran falsch?)

Der AfD-Antrag ist aber auch inhaltlich falsch, weil behauptet wird, dass es zu einer nahezu vollständigen Eliminierung aller fossilen Brennstoffe einschließlich des Rohstoffs Erdgas komme. Liebe AfD-Kollegen, damit schüren Sie Angst bei der Bevölkerung.

(Beifall der CDU und des Abg. Nico Steinbach, SPD)

Gas ist ein wichtiger Energieträger. Die Gaswirtschaft hat nicht umsonst den Slogan gewählt: Gas kann grün. – In Wahrheit berücksichtigt der Klimaschutzplan 2050 sogar die Gaswirtschaft.

(Abg. Astrid Schmitt, SPD: Ja!)

Ich zitiere: „Auf dem Weg zu einer vollständig auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaft sind schnell regelbare Gaskraftwerke mit hohem Wirkungsgrad und vergleichsweise geringen CO₂-Emissionen notwendig.“ Weiter: „In den nächsten Jahrzehnten müssen wir den Brennstoff Erdgas durch CO₂-neutrales, regenerativ erzeugtes Gas ersetzen. Eine wichtige Funktion auf diesem Weg nehmen als Übergangstechnologie CO₂-arme Erdgaskraftwerke und bestehende modernste Kohlekraftwerke ein“, Herr Griese.

Erdgas spielt beim Übergang zu einer weitgehend stromgeführten Mobilität und zur Minderung der Treibhausgas- und Schadstoffemissionen deshalb eine wichtige Rolle. Sie sehen, der Klimaschutzplan 2050 will die Gaswirtschaft nicht eliminieren.

Was aber geschehen muss, sagen auch die Verbände, die einen Realismus einfordern, dem ich mich nur anschließen kann. Ich zitiere gern den Bundesverband und den Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft

Hessen/Rheinland-Pfalz, wo es heißt: Wenn weiterhin darauf bestanden wird, in nur 14 verbleibenden Jahren bis 2030 neben dem Atomausstieg auch noch den Kohleausstieg zu meistern, wird dieser Plan sehr teuer.

(Beifall der Abg. Christian Baldauf und Hedi Thelen, CDU)

Ohne wirklich gravierende Fortschritte beim Netzausbau und bei den Speichertechnologien wird sich die Kohle in diesem Zeitraum nicht durch Erneuerbare ersetzen lassen. Die im Klimaschutzplan vorgesehene Überprüfung in 2018 muss deshalb dafür genutzt werden, um einen realistischen Zeitplan aufzustellen.

Es liegt vermutlich in der Natur des Menschen, sich gerne große Ziele für eine weit entfernte Zukunft zu setzen. Wie man im letzten Jahr in Paris beobachten konnte, kann sich darauf offensichtlich auch die ganze Welt recht problemlos verständigen. Woran es aber hapert, ist der Weg dorthin und damit verbunden konkrete Ziele für heute und morgen, Ziele, die realistisch und effektiv sind. Klimaschutzpläne in Marrakesch, in Berlin, in Hessen oder Rheinland-Pfalz, der Traum einer CO₂-freien Energieerzeugung – langfristige Ziele gibt es überall.

Wer allerdings wirklichen Klimaschutz betreiben will, muss jetzt realistisch sein und nicht nur Traumschlösser für in 35 Jahren planen. Dazu gehört auch, dass eine hundertprozentige Elektrifizierung des gesamten Wärme- und Verkehrssektors nicht von heute auf morgen funktionieren wird. Es ist nicht zielführend, alle fossilen Energieträger über einen Kamm zu scheren und zu verteufeln, solange es keine Alternativen in ausreichendem Maße und zu bezahlbaren Kosten gibt.

Die Tatsache, dass gerade im Wärme- und Verkehrsbereich große Einsparpotenziale nicht genutzt werden, weil die Politik auf übermorgen verweist, ist Teil des Problems und verhindert eine Lösung.

(Beifall bei der CDU)

In unserem Alternativantrag berücksichtigen wir diese Aspekte und gehen daher als CDU ein großes Stück über den AfD-Antrag hinaus und betrachten das Problem in Gänze. Zur Sicherstellung unserer Energieversorgung brauchen wir nämlich eine Gesamtstrategie, die auf einen breiten Energiemix setzt. In diesem Kontext fordern wir die Landesregierung auf:

1. die Erforschung neuer Speichertechnologien beispielsweise im Zusammenhang mit unseren Hochschulen zu intensivieren und diesem Thema bei den Haushaltsberatungen eine besondere Bedeutung beizumessen,
2. den weiteren Ausbau neuer, dezentraler Stromerzeugungsanlagen zeitlich und räumlich mit dem Ausbau der Übertragungsnetze zu koordinieren,
3. das bestehende Klimaschutzgesetz und das Klimaschutzkonzept des Landes an den neuen Klimaschutzplan der Bundesregierung anzupassen und

4. eine Gesamtstrategie zur Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz unter Einbeziehung aller relevanten Akteure in den Bereichen der Energiewende aus Wissenschaft und Politik zu entwickeln und dem Landtag möglichst zeitnah vorzulegen.

(Glocke der Präsidentin)

Stimmen Sie bitte unserem vorliegenden Alternativantrag zu.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Hartenfels das Wort.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege von der CDU, nur zwei kleine Anmerkungen, weil Sie hier immer wieder Bilder produzieren, die de facto so nicht stimmen und auch in Studien schon widerlegt worden sind. Einmal die Behauptung, dass wir nicht sowohl aus der Atomkraft als Grundlastträger als auch aus der Kohlekraft als Grundlastträger aussteigen können. Ich empfehle Ihnen, da einmal in die Greenpeace-Studie hineinzuschauen, die sich gerade mit dem Kohleausstieg intensiv beschäftigt und nachgewiesen hat, dass wir bis zum Jahr 2030 sehr wohl aus der Kohle aussteigen können, nicht nur, dass wir aussteigen können, dass es sogar die Grundvoraussetzung ist, damit wir eine Energiewende so voranbringen können, dass sie dann auch in einem Gesamtkonzept zum Ziel führt.

Ich möchte in dem Zusammenhang nur daran erinnern, dass wir zum Beispiel im letzten Jahr in Richtung Frankreich den Strom in einer Größenordnung exportiert haben, der 13 Kohlekraftwerken in Deutschland entspricht. Warum musste das Deutschland machen? Weil Frankreich so einseitig auf die Atomkraft gesetzt hat, dass es letztes Jahr mit seiner eigenen Stromversorgung in Schwierigkeiten gekommen ist, weil die Atomkraftwerke dort zum Teil in einem solchen maroden Zustand sind, dass sie nicht mehr den Stromertrag bringen, den man sich wünschen und erwarten würde. Das ist die eine Anmerkung.

Die zweite Anmerkung. Sie haben den Begriff verwandt, es würde uns kalt werden, wenn wir jetzt aus der Atomkraft und der Kohlekraft aussteigen. Das hat mich an die 90er-Jahre erinnert,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 80er-, 70er-Jahre!)

als damals noch recht junger Grüner. Da wurde auch von den großen Stromkonzernen propagiert, das Licht würde ausgehen, wenn man sich von der Atomkraft verabschieden und stark auf die erneuerbaren Energien setzen würde.

Damals wurde auch die Behauptung aufgestellt, die Erneuerbaren würden maximal, wenn überhaupt, mittelfristig 5 % des Stromertrags in Deutschland bringen können. Wo stehen wir heute? Wir sind weit davon entfernt. Wir sind bei deutlich mehr Prozenten, was die erneuerbaren Energien betrifft.

Schon damals wurde mit solchen Angstbildern vonseiten der Lobbygruppen operiert.

Ich finde es schade, dass auch Sie hier als frei gewählter Abgeordneter die gleichen Bilder dieser Lobbygruppen wieder benutzen, von denen wir uns hoffentlich in Zukunft hier in Deutschland verabschieden werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Erwiderung erteile ich Herrn Kollegen Wäschenbach das Wort.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Lieber Herr Kollege Hartenfels, ich weiß nicht, ob man alle Verbände, die sich mit hohem Sachverstand um die Energiewirtschaft und die Energiesicherheit in Deutschland Sorgen machen und die auch bearbeiten, hier als Lobbyverbände benennen kann.

Ich habe hier einen Verband zitiert und mir diese Meinung auch zu eigen gemacht. Es geht einfach nicht, dass wir mit Hauruck aus der Kohlekraft aussteigen. Es ist physikalisch gar nicht möglich, weil wir die entsprechenden Netze nicht haben, weil wir die entsprechenden Speichertechnologien nicht haben, und Sie dürfen doch bei allem, was an Studien vorliegt, nicht verkennen, dass das so einfach nicht möglich ist.

(Beifall des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD)

Zum Zweiten muss die Energie bezahlbar sein. Wir haben momentan die Situation, dass viele Bürgerinnen und Bürger für die hoch subventionierten erneuerbaren Energien den Strom bezahlen müssen. Wir müssen zu einer Energieversorgung kommen, die einen Energiemix – das sagt unser Antrag – beinhaltet, in dem alle Energiesektoren mit gleichen Förderungen marktwirtschaftlich betrieben werden. Wir haben die erneuerbaren Energien nach vorne gebracht.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn das so wäre!)

Wir brauchen eine sichere Energieversorgung in Rheinland-Pfalz. Das bitte ich Sie anzuerkennen. Nichts anderes habe ich hier gesagt. Wir wollen keine Atomkraft, und wir wollen einen langfristigen Ausstieg aus der Kohleenergie. Fertig.

(Beifall der CDU –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und keine Windkraft!)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Für die Landesregierung spricht Herr Dr. Griese.

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst sagen, dass die Dekarbonisierung die Aufgabe des Klimaschutzes der Zukunft ist. Dazu gehört der Kohleausstieg. Ich freue mich, dass Herr Abgeordneter Wäschenbach gesagt hat, ja, auch die CDU-Fraktion bekennt sich nicht nur zum Atomausstieg, sondern auch zum Kohleausstieg. Dann reden wir ja nur noch über den Zeitpunkt.

Aber zu dem Zeitpunkt muss ich dann einmal sagen, die letzte deutsche Steinkohlenzeche schließt schon über nächstes Jahr, und die meisten Braunkohleabbaugebiete, die wir in Deutschland haben, zum Beispiel im rheinischen Braunkohlerevier, werden bald erschöpft sein. Da gibt es drei. Zwei davon werden im Jahr 2030 – wie die Braunköhler sagen – „ausgekohlt“ sein.

Also machen wir uns doch nichts vor. Wir haben uns darauf einzustellen, dass die Zeitperspektive bis 2030 realistisch ist und wir gut daran tun, rechtzeitig den Ausstieg und den Umstieg vorzunehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei SPD und FDP)

Jetzt hat die AfD in ihrem Antrag behauptet, Erdgas würde als Brennstoff und Rohstoff vollständig eliminiert, und es sei doch eine saubere Energie. Also das stimmt natürlich so nicht, in mehrfacher Hinsicht nicht. Erstens ist Erdgas zwar sauberer als Steinkohle oder Braunkohle, weil es nur etwa halb so viel CO₂ oder weniger als halb so viel CO₂ pro erzeugter Kilowattstunde Strom verursacht als Braunkohle oder Steinkohle, aber das heißt noch nicht, dass es wirklich sauber ist, weil auch Erdgas natürlich zur CO₂-Problematik beiträgt.

Jetzt malen Sie das Schreckensszenario an die Wand, dass die Chemieindustrie plötzlich kein Gas mehr zur Verfügung habe, die Verbraucher im Winter im Kalten sitzen und dies das Ergebnis der Dekarbonisierung sei.

Ich will Ihnen sagen, dass ich das Gefühl habe, dass Sie, glaube ich, noch gar nicht verstanden habe, wohin die Energiewende steuert und wie die Energieversorgung der Zukunft aussehen wird. Es geht nicht darum, dass wir die Gasnutzung in dem Sinne abschaffen und auf Dauer aus ihr aussteigen werden und die entsprechende Infrastruktur nicht mehr genutzt wird, sondern es geht darum, dass wir Stück für Stück den Brennstoff, der in Gaskraftwerken eingesetzt wird, ersetzen, und zwar indem wir Gas, das aus der Erde kommt, durch Bioerdgas ersetzen. Das wird die entscheidende Wende sein. Das passiert schon. Das heißt, mit Power-to-Gas-Anlagen, mit Biogasanlagen aus Klärschlamm, mit Biogasanlagen aus Bioabfall, mit landwirtschaftlichen Biogasanlagen aus Gülle, mit Biogasanlagen aus nachwachsenden Rohstoffen werden wir Stück für Stück das Erdgas durch Bioerdgas ersetzen.

Jetzt behaupten Sie – das steht auch in Ihrem Antrag –

dieses sogenannte – Sie nennen es – Ersatzerdgas sei unzuverlässig, weil die Wind- und Sonnenenergie schwanke, und deswegen sei die Produktion von Ersatzerdgas unzuverlässig. Das ist völlig falsch, und zwar deshalb, weil wir natürlich für diese Bioerdgasproduktion die vorhandene Infrastruktur, die Erdgasinfrastruktur, nutzen werden.

Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfachs (DVGW) schätzt die Speicherkapazität der Gasleitungen und der Gasspeicher in Deutschland auf rund 230 Terawattstunden. Nun kann man nicht alles für Stromspeicherung nehmen, aber zumindest die Hälfte. Das heißt, man ist in der Lage, über das deutsche Erdgasnetz und die Speicher rund 120 Terawattstunden, und das ist ein Fünftel des Stromverbrauchs in Deutschland, zu speichern. Das heißt nichts anderes, als dass man den Wind- und den Sonnenstrom in den Zeiten, in denen er ausreichend und vielfältig zur Verfügung steht, in Power-to Gas-Anlagen zu Bioerdgas umwandelt, dieses Bioerdgas in das Speichersystem einspeist und dann wieder nutzt, wenn man es braucht. Die Speicherkapazität, um das einmal festzuhalten, des deutschen Erdgasnetzes reicht für zweieinhalb Monate Stromverbrauch in Deutschland.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Deswegen brauchen wir auch die entsprechende Kraftwerks- und Speicherinfrastruktur nach wie vor.

Es geht – wie gesagt – nur darum, dass wir nach und nach den Brennstoff ersetzen. Das ist nicht etwa Zukunftsmusik, sondern das passiert schon. Wir haben die ersten Biogas-Power-to-Gas-Anlagen in Rheinland-Pfalz. In Mainz steht eine, in Pirmasens steht eine. Wir haben die Kläranlagen, die sich inzwischen am Regelenergiemarkt beteiligen, in Trier, in Koblenz, in Kaiserslautern, die nichts anderes machen, als aus dem Klärschlamm Bioerdgas zu produzieren, dies zu speichern und dann auch auf dem Regelenergiemarkt einzusetzen und zu verkaufen, um es dann nutzbar zu machen, wenn der entsprechende Bedarf da ist.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Der Strompreis: Wenn Sie den Strompreis hier anführen, dann muss man klar sagen, der entscheidende Parameter für die Belastung der Verbraucher ist die Summe aus dem Beschaffungspreis und der EEG-Umlage, und die ist seit vier Jahren nicht gestiegen, sondern gesunken.

(Zuruf von der AfD)

Die EEG-Umlage ist gestiegen, der Beschaffungspreis ist gesunken, und die Summe aus beiden ist ebenfalls gesunken. Das sind die Fakten, und damit müssen Sie sich auseinandersetzen.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Ich möchte hier auch einmal fragen, was eigentlich bei dem, was Sie ausgeführt haben, die Alternative für Deutschland ist. Was ist die Alternative? Wer natürlich ein unkritisches Verhältnis zu Präsident Putin hat und an dessen unverbrüchliche Vertrags- und Rechtstreue glaubt, der hat vielleicht kein Problem damit, aber verantwortliche

Problemlösung, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Verantwortliche Problemlösung sieht so aus, dass wir uns von dieser Importabhängigkeit gerade gegenüber russischem Erdgas Stück für Stück befreien, statt die Alternative darin zu sehen, weiter darin zu verharren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD und FDP)

Übrigens ist das auch ökonomisch sinnvoll. Sie haben über Strompreise geredet. Ist das auch ökonomisch vernünftig? Schon die bisherigen Anstrengungen, auf erneuerbare Energien umzustellen und den Import von fossilen Energiequellen Kohle und Gas zu reduzieren, haben dazu geführt, dass die deutsche Volkswirtschaft rund 10 Milliarden Euro pro Jahr weniger als in früheren Zeiten für Energieimporte ausgibt, und das kommt bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern an.

Dann haben Sie noch das Argument angeführt, dass, wenn man entsprechend den Energiewendevorstellungen der Landesregierung vorgeht, man sich in eine verstärkte Abhängigkeit von Stromimporten begeben würde. Da haben Sie, glaube ich, die Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse auch nicht mitbekommen.

Deutschland war einmal ein Land, das Strom importiert hat, und Frankreich war einmal ein Land, das Strom exportiert hat. Die Verhältnisse haben sich radikal umgekehrt. Deutschland ist inzwischen ein Exportland bei Strom und Frankreich ein Importland, was auch daran liegt, dass im Moment gerade 15 Atomkraftwerke in Frankreich wegen technischer Probleme und Inspektion stillliegen.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Vielleicht, ohne das noch weiter auszuführen, reicht es, darauf zu verweisen, dass gerade in der letzten Woche im SPIEGEL ein Artikel erschienen ist, der das unterstreicht und der mit der Schlagzeile überschrieben war: „Kalte Nächte in Paris“.

Danke.

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Dr. Böhme das Wort.

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Griese, ich will Ihnen ja Ihre Träume nicht nehmen, aber ich bin schon etwas entsetzt. Ich fühle mich irgendwo zurückversetzt in das Jahr 1995, als ich in der Landwirtschaft promoviert habe,

(Abg. Martin Haller, SPD: Das glaube ich
sofort!)

wo man uns damals schon erzählen wollte, man könnte mit nachwachsenden Rohstoffen unsere Industrie versorgen.

Ich dachte eigentlich, wir sind ein bisschen erwachsener geworden in der Zwischenzeit. Wir wissen alle, wir haben begrenzte landwirtschaftliche Rohstoffe, wir haben begrenzte landwirtschaftliche Produktionsfläche. Wir können im Durchschnitt maximal 10 Tonnen Trockenmasse vom Hektar ernten.

Woher wollen Sie denn diese ganze Energie nehmen? Sie ist überhaupt nicht produzierbar. Erklären Sie uns, wie Sie die Grundlast in der Stromversorgung sicherstellen wollen. Erklären Sie uns das. Und das geht im Moment nur noch über Gas. Sie haben doch selber ausgeführt, dass die Kohle zu Ende geht. Die fluktuierende Windkraft wird es nicht schaffen, und Ihr Biogaskonzept habe ich eben widerlegt. Es geht gar nicht. Wir haben gar nicht die Fläche dazu.

Wir diskutieren darüber, dass die Biogasanlagen Abwässer produzieren, die wir gar nicht mehr loskriegen, weil wir zu viel Nitratbelastung haben.

Hören Sie doch endlich einmal auf zu träumen, kommen Sie zu den Fakten, erklären Sie uns, woher die Grundlast kommt.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich dem Abgeordneten Wäschenbach das Wort.

Abg. Michael Wäschenbach, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben die grundlastfähige Biogasenergie erwähnt, was ich sehr begrüße. Allerdings müssen Sie uns auch ehrlicherweise erklären, wie Sie mit der Reglementierung in der Landwirtschaft umgehen, wie Sie die Flächen dafür bewirtschaften wollen, um diese erneuerbare Energie als grundlastfähige Biogasenergie weiterhin in Deutschland auszubauen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Durch eine verlängerte Redezeit der Landesregierung stehen den Fraktionen jeweils noch drei Minuten zur Verfügung. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wird Ausschussüberweisung beantragt, oder stimmen wir direkt ab?

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:
Ausschussüberweisung! –

Abg. Martin Haller, SPD: Abstimmung!)

Wir stimmen dann zunächst über eine Ausschussüberweisung ab. Wer für eine Ausschussüberweisung stimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Die Ausschussüberweisung ist mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag „Si-

herstellung der Erdgasversorgung von Verbrauchern und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“, Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1555 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Alternativantrag der CDU „Zur Sicherstellung unserer Energieversorgung brauchen wir eine Gesamtstrategie, die auf einen breiten Energiemix setzt“ – Drucksache 17/1608 – ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag der Fraktion der CDU ist mit den Stimmen der SPD, der AfD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

Kostenfreie Bareinzahlungen auf die Konten der Landeskassen

Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/1556 –

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich erteile Frau Nieland von der Fraktion der AfD das Wort.

Abg. Iris Nieland, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Seit einiger Zeit flammt immer wieder eine Diskussion auf, die zahlreiche Bürger alarmiert. Es geht dabei um eine Frage, die uns alle betrifft und mit unserer persönlichen Freiheit zusammenhängt. Die Rede ist vom sogenannten Bargeldverbot.

Die Einschränkung der Möglichkeiten des Bezahlens mit Bargeld wird von einigen Politikern mit dem Argument gefordert, auf diese Weise angeblich Steuerflucht und Kriminalität bekämpfen zu können. Real geht es aber um den ungehinderten Zugriff auf das Geldvermögen der Bürger.

Gerade in Zeiten drohender Negativzinsen zittern die Banken vor einem möglichen Bankenrun, zumal ihre Barreserven nicht einmal ansatzweise ausreichen würden, den Einlagen zu entsprechen. Würde man das Bargeld abschaffen, könnte also niemand mehr Geld vom Konto abheben. Der Sparer wäre auf Gedeih und Verderb dem Bankensystem und dem möglichen Zugriff des Staates ausgeliefert.

In Italien und Portugal ist dieses Szenario bereits teilweise Wirklichkeit. Bargeldgeschäfte ab 1.000 Euro dürfen nicht mehr getätigt werden. In Teilen Schwedens kann man nur noch bargeldlos einkaufen.

Heute ist es bereits möglich, mit EC- bzw. Kreditkarte oder Smartphone zu bezahlen. Man kann jede legal zu erwerbende Ware im Internet bestellen und zum Beispiel über einen Dienstleister online bezahlen. Im Gegenzug dazu sollte es aber auch für jeden Bürger jederzeit und bequem möglich sein, mit Bargeld zu zahlen.

(Beifall der AfD –
Vizepräsident Bracht übernimmt den
Vorsitz)

Bargeld ist persönliche Freiheit. Es beschützt den Bürger durch seine Diskretion. Er kann Waren erwerben, veräußern, ohne dass es wissbegierigen Institutionen erleichtert wird, Persönlichkeitsprofile zu erstellen, mit denen das Konsumverhalten Einzelner analysiert wird.

Da das Bargeld zur persönlichen Freiheit der Bürger gehört, sollte es eigentlich die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik sein, diese Freiheit zu schützen.

Das Land Rheinland-Pfalz allerdings geht nicht mit einem guten Beispiel voran. Abgesehen von den Zahlstellen für kleinere Summen, also beispielsweise den Eintrittskassen in Museen, die Barzahlungen annehmen, gibt es nur noch wenige Stellen in unserem Bundesland, die Zahlungen an das Land bar entgegennehmen. Es gibt die Landeshaupt-, die Landesjustiz- und die Landeshochschulkasse in Mainz. Es gibt die Landesoberkasse in Koblenz mit den beiden Außenstellen. Es gibt die Landesfinanzkasse in Daun, auch mit zwei Außenstellen.

Will also beispielsweise ein Student aus Trier seine Semestergebühren bar bezahlen, muss er dafür zur Landeshochschulkasse in Mainz fahren. Umgekehrt müssen Mainzer, die Steuerschulden bar begleichen möchten, nach Idar-Oberstein reisen.

Außerdem fallen bei einer Bareinzahlung bei einer Bank auf ein fremdes Konto hohe Gebühren an. Die Landesverwaltung zwingt die Bürger also faktisch, unbar zu zahlen. Das ist eine unzulässige Benachteiligung von Barzahlern.

(Beifall der AfD)

Im entsprechenden Paragraphen des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank lautet es: Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. – Somit umgeht Rheinland-Pfalz durch die Hindernisse, die es Barzahlern aufbaut, geltendes Bundesrecht. Die AfD fordert die Ermöglichung der kostenfreien Bareinzahlungen auf die Konten der Landeskassen. Dieser Service sollte nicht nur weit entfernt, sondern ortsnah und gebührenfrei möglich sein.

(Beifall der AfD)

Rheinland-Pfalz kann mit einer kleinen Maßnahme zu geringen Kosten ein wichtiges Signal für die Freiheit und darin für ein sicheres Geldsystem und für soziale Gerechtigkeit setzen. Bargeld ist Freiheit. Dafür stehen wir.

(Beifall der AfD)

Dafür sollten wir alle stehen. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung für unseren Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Als nächster Redner spricht Herr Abgeordneter Dr. Roth, der Fraktionsvorsitzende der FDP.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Ich hätte nicht gedacht, dass man zunächst dann, wenn man einen Antrag einbringt, zwei Drittel der Zeit nicht über diesen Antrag spricht, sondern über grundsätzliche Dinge, über Bargeld.

Wir sind mit Sicherheit, was gerade auch die Freien Demokraten angeht, dafür, Bargeld nicht abzuschaffen. Frau Nieland, deswegen gehe ich einfach auf Ihren Antrag ein.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was bewegt die Menschen in Rheinland-Pfalz? Dass vor rheinland-pfälzischen Schulen keine Fahnen wehen oder dass die Menschen kein Geld bar auf die Konten der Landeskassen einzahlen können?

Wenn man der AfD glauben will, sind das die Themen, welche die Menschen in Rheinland-Pfalz umtreiben. Es ist nicht die Sorge um einen Kita-Platz, um eine gute Ausbildung ihrer Kinder, um den eigenen Arbeitsplatz oder gar um die Sicherheit im Land. Nein, wenn wir der AfD Glauben schenken, dann treibt die Menschen in diesem Land vor allem eines um, dass sie nämlich ihre Rechnungen gegenüber dem Land nicht mit Scheinen und Münzen begleichen können.

Interessant ist bei dem Antrag aber nicht nur, dass er deutlich offenlegt, wie wenig die AfD über die wirklichen Probleme der Menschen im Land weiß,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Bleiben Sie bei der Sache!)

sondern er auch zeigt, für wie rückständig die AfD die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hält.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Sie wollten doch zur Sache sprechen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage mich, wie viele Menschen es außerhalb der AfD gibt, die mit dem Umgang mit einer EC-Karte oder mit dem Überweisungsfeld überfordert sind.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist unverschäm!)

Ich glaube nicht, dass es – außerhalb der AfD, das versteht sich – allzu viele davon in unserem Land gibt.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ist das parlamentarisch?)

Nein, es ist auch nicht die Landesregierung, welche die Menschen dazu drängt, unbar zu zahlen, sondern es sind die Bürgerinnen und Bürger, die in vielen Fällen lieber elektronisch als bar zahlen möchten. Schauen Sie sich doch einmal um. In vielen Supermärkten bezahlen die Menschen ihre Alltagskäufe immer mehr mit Karte und immer seltener bar. Wenn Sie den bargeldlosen Zahlungsverkehr als Bedrohung der Freiheit empfinden, sollten Sie

auch die Beiträge ihrer Mitglieder nur bar kassieren und jeden ihrer Ortsverbände dazu verpflichten, eine entsprechende Kasse bereitzuhalten.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Tun Sie das? Während Rheinland-Pfalz digital wird, bleibt die AfD analog.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Freiheit wollen wir!)

Sie sind keine Partei, die Zukunft gestaltet, sondern eine, welche die Vergangenheit zurückholen will. Das bestätigen Sie auch mit diesem Antrag wieder. Für die AfD ist das Gestern die bessere Zukunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die Forderungen der AfD wenigstens noch zu einem besseren Service für die Bürgerinnen und Bürger führen würde, wären sie bestimmt noch nachvollziehbar. Aber für die meisten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bedeutet die Forderung der AfD genau eines: höhere Gebühren, Steuern oder Abgaben; denn selbstverständlich kostet der AfD-Vorschlag Geld in der Umsetzung: höhere Gebühren bei den Banken und höhere Kosten in der Verwaltung.

Die Frage, die sich daher stellt, ist, ob mit der Möglichkeit der Bareinzahlung in Verbandsgemeinden ein so hoher gesellschaftlicher Mehrwert verbunden ist, dass die absehbaren zusätzlichen Kosten gerechtfertigt sind. Ich habe daran erhebliche Zweifel.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr ist nicht automatisch eine Bedrohung der Freiheit. Es ist eine Fortentwicklung, und zwar eine, die von vielen Menschen – AfD-nahe natürlich ausgeschlossen – mit großer Selbstverständlichkeit auch genutzt wird. Es ist wichtig, dass der Staat diese Entwicklungen aufgreift und ihnen Rechnung trägt. Die Möglichkeit, bargeldlos auf Konten der Landeskasse einzahlen zu können, dürfte die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht als Bedrohung, sondern als Service empfinden.

Bei allem Respekt vor Ihren politischen Ideen, aber dass Sie die Menschen- und Bürgernähe daran festmachen, dass sie dem Staat ihr Geld auch bar übertragen würden, halte ich für eine sehr gewagte These. Auf mich wirkt der Antrag so, als würde die AfD eine zusätzliche Spur auf der Autobahn fordern, da es noch immer Menschen gibt, die privat eine Kutsche nutzen und diese nicht diskriminiert werden dürfen.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihrem Weltbild von gestern werden Sie kaum das Rheinland-Pfalz von morgen gestalten können.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie haben keine Ahnung von unserem Weltbild!)

Vielleicht ist die beste Erklärung für Ihren Antrag das Datum der Drucksache. Verfasst wurde dieser Antrag am 11.11. Normalerweise müsste ich sagen: Helau!

(Beifall der FDP, der SPD, der CDU und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für die Fraktion der CDU spricht nun der Abgeordnete
Gerd Schreiner.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Er ist
Mitglied der Ranzengarde! Der kennt sich
da aus! –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Jetzt
spricht die Ranzengarde!)

Abg. Gerd Schreiner, CDU:

Herr Schweitzer, das ist eine ernsthafte Veranstaltung. Sei-
en Sie vorsichtig!

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

– Darum bitte ich.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Von Hunderten möglicher Themen, die die AfD aufgreifen
könnte, sucht sie was heraus: Das Thema Bareinzahlung
auf Konten der Landeskasse. – Nur einmal, um die Fak-
ten zu klären: Es ist schon heute möglich, zur Bank zu
gehen, Bargeld einzuzahlen. Es macht eben nur niemand.
Es macht nicht deshalb niemand, weil es nicht kostenlos
ist, sondern weil es schlicht lebensfremd ist.

Was sind das für Zahlungen, die man an das Land über-
weist? Da hat man, was weiß ich, eine Steuernachzahlung,
eine BAföG-Überzahlung, vielleicht ist es auch einmal ein
Bußgeld. Das sind eher größere Beträge. Es geht nicht um
2,50 Euro, sondern es geht eher um größere Beträge. Da
ist es einfach praktisch, sie nicht bar zu bezahlen.

Was ist das für eine Vorstellung? Mein Arbeitgeber über-
weist mir Lohn auf mein Konto. Dann gehe ich zur Bank
an den Schalter 1, hebe das Geld bar ab, und stelle mich
dann an den Schalter 2 an, Frau Nieland, und zahle es
wieder bar ein.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Vorausgesetzt,
man hat einen Arbeitgeber!)

Das ist schlicht lebensfremd. Ich muss Ihnen wirklich sa-
gen, meine Lebenswirklichkeit ist so, wenn ich eine Zah-
lungsaufforderung vom Land oder von wem auch immer
bekomme, dann nehme ich mein Handy, und zwei Klicks
später ist das Geld bei demjenigen, der von mir einen An-
spruch hat, das Geld zu bekommen.

(Abg. Dr. Timo Böhme: Wenn sie ein Handy
haben! Das haben nicht alle!)

Dann ein Letztes. Was bleibt denn dann übrig? Es bleibt
übrig, dass man sich warm fühlt, wenn man mit Bargeld
bezahlt.

(Heiterkeit des Abg. Christian Baldauf,
CDU)

Aber, Frau Nieland, man fühlt sich viel heimlicher, wenn

man bar bezahlt wird. Dann seien Sie doch wenigstens
konsequent und gehen nicht nur den ersten Schritt, son-
dern auch den zweiten Schritt. Nicht das Barbezahlen
macht Spaß, sondern das Bargeldbekommen macht Spaß.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, CDU, FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Nieland, erinnern Sie sich noch an die gute alte Lohn-
tüte? Jetzt stellen Sie sich doch einmal vor: Sie rackern
sich hier ab im Parlament, und das Land ist so herzlos und
überweist Ihnen Ihre Diäten. Es wäre doch viel wärmer,
viel schöner, die Ministerin würde Ihnen die Lohntüte am
Freitag in die Hand drücken. Das wär's doch!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, CDU, FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Nieland, welch ein Zufall, ich habe gerade hier ihre
Lohntüte. Siehe da, da steht sogar, Sie haben in dieser
Woche 1.187,66 Euro verdient. Damit Sie sich wärmer füh-
len, schauen Sie hinein, es sind für Sie 2.322,86 DM.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall der CDU, der SPD,
der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten
Joa das Wort.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist jetzt
spannend!
Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Abg. Matthias Joa, AfD:

Verehrter Herr Präsident, liebe humorvolle Kollegen! Ich
glaube, bei aller Überheblichkeit und bei aller Erheiterung
wissen Sie genau, um was es geht. Wir wollen nicht die
bargeldlose Zahlung beschränken oder was Sie mit Ihren
Aussagen und Gelächter haben ausdrücken wollen. Es
geht doch um etwas ganz anderes.

Es geht darum, dass Bargeld gelebte Freiheit ist und dass
die Möglichkeit bestehen muss. Der Staat hat mittlerweile
dermaßen tiefe Einblicke in die Privatsphäre, in Kontenbe-
wegungen, dass, wenn das Bargeld langfristig verschwin-
den würde, wenn der Trend weitergeht, der Bürger vollends
gläsern wird.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Gerade Sie, Herr Roth, als FDPler wissen ganz genau
um diesen Umstand. Sie wollen sich nur nicht auseinan-
dersetzen, weil Sie hier in der Koalition sind. Deswegen
versuchen Sie ein berechtigtes Anliegen in die Lächerlich-
keit zu ziehen. Darum geht es.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Kollege Joa, Sie haben eine Kurzintervention auf Herrn Kollegen Schreiner. Sie müssen sich auf ihn konzentrieren.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Abg. Matthias Joa, AfD:

Herr Schreiner, bei allem Humor – ich fand es auch ganz lustig, was Sie hier gesagt haben –, aber das hat einen ernsten Hintergrund. Ich glaube, man sollte nicht den Fehler machen, das Thema ins Lächerliche zu ziehen, weil Bargeld gelebte Freiheit ist.

(Beifall der AfD)

Wir sollten das Bargeld und auch die Barzahlung grundsätzlich weiter erhalten, auch wenn ich selbst 90 % aller Zahlungsvorgänge unbar mache. Aber darum geht es gar nicht. Das ist der Kern.

(Zuruf des Abg. Thomas Roth, FDP)

Danke sehr.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Erwiderung erteile ich Herrn Abgeordneten Schreiner das Wort.

Abg. Gerd Schreiner, CDU:

Ich verstehe ja, dass Sie über das Thema Bargeldobergrenze vielleicht hätten reden wollen. Aber das haben Sie nicht beantragt. Das tut mir schrecklich leid.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Ich verrate Ihnen jetzt eines, wenn Sie das Schreckgespenst aufmalen, der Staat wüsste alles, jede Geldbewegung. In dem Moment, in dem sie eine Zahlungsverpflichtung an das Land Rheinland-Pfalz haben und diese Zahlungsverpflichtung begleichen, ob per Überweisung oder bar, weiß das Land Rheinland-Pfalz, dass sie diese Zahlungsverpflichtung hatten und sie diese Zahlungspflicht beglichen haben. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für die Landesregierung spricht nun Frau Staatsministerin Ahnen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Herr Schreiner, seit Sie da sitzen, läuft das für uns!)

Abg. Doris Ahnen, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, am Ende dieser Plenardebatte haben Herr Abgeordneter Roth und Herr Abgeordneter Schreiner eigentlich alles zu dem Thema gesagt, was man dazu sagen kann,

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

und zwar – wenn mir diese Bewertung gestattet sei – auf eine sehr humorvolle Art und Weise.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich will dem noch zwei Gedanken hinzufügen, Frau Nieland, die auch mir, ehrlich gesagt, diesen Antrag sehr schwer verständlich machen.

Es ist überhaupt keine Frage, Bargeld ist gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland und in der europäischen Währungsunion. Wissen Sie, warum ich unter anderem ein positives Verhältnis zu Bargeld habe? Das dürfte uns vielleicht unterscheiden. Ich habe deswegen vor allen Dingen ein so positives Verhältnis zum Bargeld, weil es um den Euro geht und weil der Euro eines der sichtbarsten Zeichen für die europäische Integration ist.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Deswegen sollte das Ihr Kernanliegen gewesen sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich sage ein Zweites. Ich habe ein völlig anderes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als Sie. Für mich ist es kein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, dass ich flächendeckend im Land wieder einführe, dass die Leute mit Bargeld gegenüber öffentlichen Kassen ihre Einzahlungen vornehmen können. Sie können das an bestimmten Stellen. Darauf ist hingewiesen worden.

Für mich ist es ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, dass jeder Bürger einen Anspruch auf ein Konto hat und er von diesem Konto aus zahlen kann.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Deswegen haben wir uns so stark dafür gemacht, dass es ein Basiskonto im Sinne eines Kontos für jedermann gibt. Da sind wir aus meiner Sicht auf einem guten Weg.

Insofern will ich noch einmal darauf hinweisen – das soll mein letzter Aspekt sein –, bei Forderungen, die an die Landesregierung für die Landespolitik gestellt werden, glaube ich, gibt es tatsächlich den entscheidenden Punkt, dass man schauen muss, was die Bürgerinnen und Bürger wünschen. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen von uns an immer mehr Stellen den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Selbstverständlich ist es auch unsere Aufgabe, darauf zu schauen, ob Maßnahmen, die man ergreift, dem Gebot

der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragen. Das tut aus meiner Sicht Ihr Antrag sicher nicht.

In diesem Sinn kann ich nur bitten, dass dieser Antrag abgelehnt wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Darauf können
Sie sich verlassen!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Kurzintervention auf die Rede von Frau Staatsministerin erteile ich das Wort Frau Abgeordneter Nieland.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es gilt der
alte Spruch der Dakota-Indianer!)

Abg. Iris Nieland, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur darauf hinweisen, an dieser Diskussion zeigt sich beispielhaft das Misstrauen, das sich in unserer Republik aufgebaut hat, vom Staat über den Weg des bargeldlosen Zahlungsverkehrs durchschaut zu werden.

Ich möchte noch auf eine Sache hinweisen. Wenn wir hier unsere Diäten unbar bekommen, dann gibt es aber Menschen, die sehr viel weniger Geld haben. Die heben das am Anfang des Monats ab, um einen genauen Überblick über die Möglichkeiten und die Menge zu haben. Ich finde, diesem Tatbestand muss man Rechnung tragen. Man

sollte das Bargeld erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht mehr vor. Besteht der Wunsch, die Debatte im zuständigen Ausschuss fortzusetzen? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1556 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Im
Bundestagswahlkampf wird das ein Thema
sein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der dreitägigen Plenarsitzung. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Die nächste Plenarsitzung wird am Dienstag, den 13. Dezember 2016 stattfinden. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und ein schönes Wochenende.

Ende der Sitzung: 13:23 Uhr